©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

DIE VOLKSABSTIMMUNG VOM 10. APRIL 1938 IM BURGENLAND*

Martina Mikovits

I. „Berta kommt!" oder „Berta ist schon da!"? Von der geplanten Volksbefragung zur Volksabstimmung

Bereits 1935 warnte die Sicherheitsdirektion für das Burgenland vor einem möglicherweise bevorstehenden nationalsozialistischen Umsturz und dabei wurden die Gendarmeriepostenkommandos der einzelnen Bezirke angewiesen, im Falle der telefonisch mitgeteilten Codeworte „Berta kommt" oder „Berta ist schon da" die jeweils angeordneten Verfügungen sofort umzusetzen.[1] Tatsächlich war die politische Lage seit 1933 äußerst unsicher: Die ehemals dominierenden Parteien des Burgenlandes, die Sozialdemokratische Partei, die Christlichsoziale Partei und die Großdeutsche Partei, waren im Zuge der Errichtung des Ständestaates verboten bzw. aufgelöst worden.[2] Während es der ständestaatlichen Regierung nicht gelang, die Vaterländische Front (VF) zu einer einigenden und durchschlagskräftigen Machtbasis aufzubauen, wurde dagegen, wie den Berichten der Bezirkshauptmannschaften des Burgenlandes in den Jahren des Ständestaates zu entnehmen

* Dieser Aufsatz beruht im wesentlichen auf Teilen der Dissertation der Verfasserin: Martina Mikovits, Plebiszitäre Politik im autoritären und totalitären Staat. Studien zur österreichischen Volksbefragung und zur deutschen Volksabstimmung März/April 1938. Diss. Wien, 2002.

Rossijskij Gosudarstevennij VoennijArchiv Moskau (RGVA) /Fond 742/1/28, Sicherheitsdirektion (SD) für das Bgld., Zl. Präs. 92-SD-1935 und BGK Jennersdorf E.Nr. 33res. Zu den Anfängen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) im Burgenland siehe: Felix Tobler, Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland. In: Burgenland 1938 (82-96). Eine umfangreiche Darstellung der burgenländischen NS-Partei und ihrer Unterorganisationen beinhaltet die Dissertation von Otto Fritsch, Die NSDAP im Burgenland 1933-38, Diss. (Wien, 1993).

Als weitergehende Literatur wird u.a. verwiesen auf: Günter Unger, Die Christichsoziale Partei im Burgenland (Wien, 1965). Fred Sinowatz, Gerald Schlag, Walter Feymann, Hg., Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs (Wiener Neustadt, 1989). Gerald Schlag, Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934. In: Burgenländische Forschungen, Sonderheft III (Eisenstadt, 1971) 134-168.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

ist, die Bevölkerung des Landes mit großer Effizienz in das illegale nationalsozialistische Netzwerk eingebunden. Ein konsequentes Eingreifen seitens der Behörden scheiterte nicht nur an der inkonsequenten Haltung der Regierung Schuschnigg, sondern auch an den externen Widerständen in der Bevölkerung sowie internen Hemmungen im Sicherheitsapparat.
Diese Hemmungen innerhalb der Beamtenschaft wurden von Seiten der Nationalsozialisten geschickt verstärkt. In einem an die Gendarmeriebeamten persönlich adressierten Appell hieß es wörtlich:

Durch Dein Verhalten bist Du in der Lage, die Bewegung als solche in begrenztem Umfange sowohl zu fördern als auch zu hemmen. Keinesfalls ist es möglich, sie aufzuhalten. Der Tag der uns allen, die wir deutsch denken, die Erfüllung unserer brennenden Sehnsucht bringen wird, soll auch die Sicherheitsexekutive in unserer Mitte finden. Und an diesem kommenden Tag sollt Ihr Sicherheitsbeamte Euren Volksgenossen offen und ohne Scham in die Augen blicken können und auf ihre stumme Frage: „Wo warst Du mein Bruder als man mich trat und quälte ...?" antworten können: „Immer an Deiner Seite Kamerad!"[3]

Der Druck des nationalsozialistischen Deutschland auf Österreich wurde ständig größer und gipfelte in den Vereinbarungen des am 12. Februar 1938 stattgefundenen, hinlänglich bekannten Treffens zwischen Adolf Hitler und Kurt Schuschnigg. Die u.a. vereinbarte Generalamnestie, im Zuge derer auch der illegale Gauleiter Portschy aus dem Anhaltelager Wöllersdorf entlassen wurde, sollte auf die illegalen Parteigänger, aber auch auf den Sicherheitsapparat eine ungeheure psychologische Wirkung haben.[4] Zu einem Zeitpunkt, als die nationalsozialistische Betätigung drastisch zunahm, konnten die Beamten ihre Berichte nur noch mit der Anmerkung schließen: „Die politische Strafsache durch die Amnestie (Feb. 1938) gegenstandslos geworden; vorl. einlegen." Den nationalsozialistischen Umtrieben waren somit Tür und Tor geöffnet.
Die entstandene verworrene politische Lage geht auch deutlich aus einem Bericht über eine Veranstaltung vom 21. Februar in Güssing hervor, an der 1.800 „deutschgesinnte" Personen „anlässlich der grossen Befriedungsaktion der beiden grossen Kanzler" teilnahmen: „Hunderte von Fackeln flammten auf, unzählbare rot-weiß-rote und Hackenkreuzfahnen [sic!] flat-

---

3 RGVA, Fond 742/1/42/639 vom Februar 1938.
Vgl. Gerald Schlag, Der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte. In: Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren." Hg. vom Burgenländischen Landesarchiv, Heft 73, Eisenstadt 1989, 100.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

terten im Wind." In einer Ansprache des Güssinger Rechtsanwaltes Dr. Friedrich Bukowski, dem späteren Leiter der Bezirksstimmbehörde, wurde Schuschnigg und Hitler mit einem dreifachen „Sieg Heil!" gedankt. Abschließend verkündete er: „Die Sonne der Freiheit, die wir meinen, ist angebrochen! Und in ihrem hellen, übermächtigen Scheine fordere ich Sie alle auf einzustimmen in den Ruf: 'Sieg Heil unserem geliebten deutschen Gesamtvolke!'" Mit dem Absingen der Bundeshymne und des Deutschlandliedes ging die Veranstaltung zu Ende.[5]

Die Übertragung der Rede Schuschniggs vor dem Bundestag vom 24. Februar sollte auch im Burgenland zu einer rot-weiß-roten Demonstration genützt werden, alleine die Realität sah anders aus. Neben den Fahnen in den Bundes- und Landesfarben wurden in fast gleicher Anzahl Hakenkreuzfahnen angebracht, der Aufforderung der Gendarmerie zur Entfernung wurde keine Folge geleistet.[6]

Nur kurze Zeit später bekamen die Veranstaltungen bereits einen rein nationalsozialistischen Charakter: So wurde am 27 Februar in Oberwart ein Aufmarsch abgehalten, an dem, je nach Angabe, zwischen 3.300 und 8.000 Personen auch aus den umliegenden Gemeinden teilnahmen. Als Redner fungierten Gaupropagandaleiter Hans Goger und Tobias Portschy. Zum Abschluss wurden das Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Die Gendarmerie wohnte der nichtangekündigten Veranstaltung tatenlos bei.[7] Ob dies aufgrund ungenügender Deckung durch die oberen Instanzen oder in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den künftigen Herrschern geschah, bleibt dahingestellt.

Das Sympathisieren mit dem Deutschen Reiche fand seinen Ausdruck aber nicht nur in der Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen, auch subtilere Formen der Propaganda wurden gepflegt. Sangesrunden dichteten Strophen bekannter Weisen „spontan" um, im neuen, weithin sichtbaren Ziegeldach fand sich ein Hakenkreuz im Durchmesser von 2,5 Metern wieder und auch an Kürbissen wurde die Kunst des Hakenkreuzschnitzens geübt. Als lebende Propagandasäulen dienten die aus Deutschland rückgekehrten Saisonarbeiter, die schwärmerische Berichte, aber auch mitgebrachtes Propagandamaterial verbreiteten.[8]

Mitten in diese aufgeheizte Stimmung hinein kündigte Bundeskanzler Schu-

---

5 Güssinger Zeitung, 27 Februar 1938, S. 6. Eigene Hervorhebung.
RGVA, 742/1/42/124 und 742/1/35/455.
Aus dem Bericht des Bezirkshauptmannes in Oberwart an den Sicherheitsdirektor des Burgenlandes. Burgenländisches Landesarchiv (BLA), LA, Präs. A.-132-1938.
Einige der im RGVA aufliegenden Propagandatexte enden mit den Worten „Unsere Ehre heißt Treue!". (eigene Hervorhebung)

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

schnigg seine Volksbefragung für den 13. März an. Die österreichische Bevölkerung sollte die Möglichkeit erhalten, über die Parole: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!" abzustimmen.[9] Dabei dürfte Schuschnigg der Täuschung unterlegen sein, dass mit dem Referendum „Berta" vom „Kommen" abgehalten werden könnte. Tatsächlich war „Berta" schon im Lande. Denn während die Landesregierung respektive die Führer der VF versuchten, die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu setzen, wurde von Seiten der illegalen Nationalsozialisten die Ankündigung der Volksbefragung als Startschuss zur burgenlandweiten Abhaltung großangelegter Gegendemonstrationen verstanden. Laut eines Berichtes an das Bundesministerium für Landesverteidigung kam es in weiten Teilen der Steiermark und des Burgenlandes zu nationalsozialistischen Erhebungen. Zentren waren Pinkafeld, Eisenstadt, Oberwart, Oberpullendorf und Güssing. Weitere Kundgebungen wurden aus vielen kleineren Ortschaften wie Stegersbach, St. Michael, Hornstein und Eltendorf gemeldet.[10]

Der burgenländische Landeshauptmann Ing. Hans Sylvester hatte buchstäblich bis zur Abschiedsrede Schuschniggs versucht, den Ständestaat zu retten und „wenige Minuten vor 12 Uhr" sogar den Vertretern der Arbeiterschaft finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um die Mehrheit bei der Volksbefragung zu sichern.[11] Um den ehemaligen Landesrat Ignaz Till scharten sich die sozialdemokratischen Kräfte und versuchten, durch Verteilen von Flugblättern und Fahrten von Ort zu Ort ihren Kampfgeist auf die ehemaligen Parteigenossen zu übertragen. Aber es waren unkoordinierte Aktionen, die Zeit war zu kurz, das Misstrauen gegenüber der VF zu groß und die erhoffte Begeisterung blieb aus.

Auch an die illegalen Nationalsozialisten wurde ebenfalls in letzter Minute mit der Zusage zweier Regierungssitze herangetreten. Sie hatten während der Jahre des Ständestaates ihr organisatorisches Netz über das Land ausgebreitet und konnten das ihnen wenig attraktiv erscheinende Angebot ableh-

8 Eine umfassende Darstellung der Vorgeschichte und der Vorbereitung der für den 13. März 1938 angesetzten Volksbefragung findet sich in Mikovits, Plebiszitäre Politik.

Institut für Zeitgeschichte (IfZG), DO 78. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), 11.291. RGVA 742/1/35/455.

Vgl. Franz West in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945. Hg. DÖW, (Wien, 1983) 21. Dazu auch: Schlag, Der 12. März 1938, 103f. Biografische Details zu Ing. Hans Sylvester in: Richard Berczeller, Norbert Leser, ...mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksale 1918-1945 (Wien, 1975).

Meldung an die Nationalsozialisten wiedergegeben in: Grenzmark Burgenland, 26. März 1938, S. 6.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

nen. Die Weisungen aus dem Deutschen Reich hatten Priorität, und die von nationalsozialistischer Seite ausgegebene Parole lautete: „Die Wahl muss unter allen Umständen verhindert werden".[12] Dem Landeshauptmann war die politische Führerschaft bereits entglitten. Die wirtschaftlich schwierige Lage des Landes, die große Zahl der Arbeitslosen, die erst im Werden begriffene Identität des Landes, erschwert durch das Dasein als Grenzland, hatten den Boden für die nationalsozialistische Ideologie in der Zeit des Ständestaates aufbereitet. Auch der Widerstand der Sozialdemokraten, deren Partei seit 1934 verboten war und die ihrer Führer verlustig gegangen waren, wurde angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der scheinbaren Aussichtslosigkeit ihrer Situation zunehmend geringer. Zu verlockend klangen die Verheißungen der nationalsozialistischen Propaganda.[13]
Für Adolf Hitler schließlich diente die Ansetzung der Volksbefragung als der gewünschte Anlass, den „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich in Angriff zu nehmen und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ging auch im jüngsten und östlichsten Bundesland in der Nacht vom 11. auf den 12. März äußerst zügig vor sich. Unter Führung des bislang illegalen Gauleiters Tobias Portschy wurden die Geschäfte der Landesregierung übernommen, der bisherige Landeshauptmann Sylvester wurde arretiert und kam 1939 im KZ zu Tode. Während die ehemals führenden Vertreter des Ständestaates den Weg in die Gefangenschaft antraten, konnte Gauleiter Portschy an Adolf Hitler die Botschaft senden:

Das Burgenland, östlichstes Bollwerk des geschlossenen deutschen Lebensraumes, seit Karl dem Großen deutscher Volksboden, grüßt in diesen weltgeschichtlichen Stunden, die den heißesten Wunsch der Burgenländer in Erfüllung gehen ließen, den Retter aus tiefster Not, unseren Führer. Das ganze Burgenland hofft, dem Begründer des großdeutschen Reiches, das vom Rhein bis zum Neusiedler See reicht, in den kommenden Tagen auf diesem Boden, wo Theoderichs Wiege stand und Joseph Haydn die Weise des Liedes der Deutschen schuf, seine Dankbarkeit und Treue erweisen zu können.[14]

---

[13] Eine Übersicht über die Lage im Burgenland im Jahre 1938 gibt: Burgenland 1938. Zahlreiche Beiträge finden sich auch in: Stefan Karner, Hg., Das Burgenland im Jahr 1945. Beiträge zur Landes-Sonderausstellung 1985 (Eisenstadt, 1985). Weiters: Gerald Schlag, Die Entstehung des Burgenlandes. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 2 (Graz, 1983) 747-798.
Güssinger Zeitung, 20. März 1938, S. 1.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

II. Die organisatorische Vorbereitung der Volksabstimmung vom 10. April 1938

II. 1. Gesetzliche Grundlagen der Volksabstimmung

„Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen **Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich** einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?"[15]

Wie in den Jahren der ständestaatlichen Regierung von NS-Seite oftmals gefordert, wurde bereits mit dem am 13. März 1938 beschlossenen Gesetz und der am 15. März erfolgten Verlautbarung im Artikel 2 eine Volksabstimmung in Österreich über diese „Wiedervereinigung" kundgemacht. Am 16. März entschied Hitler, dass neben der Volksabstimmung in Österreich in Gesamtdeutschland eine Reichstagswahl stattzufinden habe. Am 18. März wurde die Volksabstimmung auf das Altreich ausgedehnt. Insgesamt sollte am 10. April daher zum dritten Mal eine „plebiszitäre Akklamation" stattfinden, diesmal war die Entscheidung über eine „besondere Sachfrage" aber gekoppelt mit der Wahl zum deutschen Reichstag. Damit sollte die Ankündigung der „Volksabstimmung" den Startschuss für eine noch nie dagewesene Propagandakampagne für die „Scheinlegitimierung" des neuen Regimes bedeuten.[16]

II. 1. 1. Die Durchführungsbestimmungen zur Volksabstimmung

Gleichzeitig mit der am 15. März 1938 erfolgten Kundmachung des Bundeskanzleramtes über das Bundesverfassungsgesetz zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich wurde die Verordnung der Bundesregierung zur Durchführung der Volksabstimmung ausgegeben. Diese unterschied sich in wesentlichen Punkten von den Verordnungen zur geplanten Volksbefragung Schuschniggs. Bereits unter § 2 wird festgehalten, wer vom Stimmrecht a u s g e s c h l o s s e n ist. Der Ausschluss der jüdischen Bevölkerung von der Abstimmung wird in den ersten drei Absätzen erläutert. Die deutsche Regierung ging beim Ausschluss der jüdischen Bevölkerung vom Stimmrecht rigoros vor. Im 6. Durchführungserlass wird auf insgesamt vier Seiten die Frage dieses Ausschlusses weiter erläutert. Kernaussagen dabei lauteten:

„Die rassische Einordnung als Jude ist von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft regelmässig nicht abhängig; entschei-

[15] Abstimmungsformel auf den Stimmzetteln zur Volksabstimmung und zur Wahl des Deutschen Reichstages vom 10. April 1938. Darunter befand sich ein großer Kreis für die Ja-Stimme und ein kleiner für eine mögliche Nein-Stimme.
Details zu diesen Abstimmungen in Mikovits, Plebiszitäre Politik, 149-151. Vgl. auch Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme und Herrschaftssicherung 1938/39, 3. veränderte Auflage (Buchloe, 1988) 185-193.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

dend ist vielmehr grundsätzlich, welcher Rasse eine Person angehört. Bei der Entscheidung, ob jemand Jude ist, ist zu beachten, dass nicht nur eine Person mit vier der Rasse nach volljüdischen Grosseltern rassisch als Jude einzuordnen ist, sondern dass dazu bereits drei volljüdische Grosselternteile genügen. Ist z.B. eine deutschblütige Frau bei ihrer Heirat mit einem Juden zum Judentum übergetreten, so gilt sie für die rassische Einordnung ihres Enkels als der Rasse nach volljüdisch. (!) Umgekehrt verliert jedoch ein der Rasse nach volljüdischer Grosselternteil diese Eigenschaft nicht durch seine Zugehörigkeit zu einer christlichen Religionsgesellschaft; dies gilt auch für den Fall, dass er niemals der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat [sic!]".[17]

Im Burgenland waren 3.632 Personen von diesen Verordnungen betroffen. Die jüdische Bevölkerung war hier in zehn Kultusgemeinden ansässig. Diese befanden sich in Eisenstadt, Mattersburg, Kobersdorf, Deutschkreuz, Lakkenbach, Kittsee, Frauenkirchen, Rechnitz, Schlaining und Güssing. Die jüdische Verfolgung setzte trotz des jahrelang gepflegten, reibungslosen Zusammenlebens unmittelbar nach dem „Anschluss" ein und führte zur Entrechtung, Enteignung und schließlich zur Vertreibung. Zu Beginn des Jahres 1939 befanden sich nur noch 18 jüdische Personen im Burgenland.[18]

Weiters ausgeschlossen waren voll oder beschränkt entmündigte Personen, Personen, denen von Rechts wegen die väterliche Gewalt über ihre Kinder entzogen worden war, Personen, die wegen eines gemeinen Verbrechens während der letzten fünf Jahre rechtskräftig verurteilt worden waren, und Personen, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft oder in einem Arbeitshaus befanden. Vor allem der letzte Punkt schloss eine große Zahl von Regimegegnern, die unmittelbar nach dem „Anschluss" verhaftet worden waren, von der Abstimmungsteilnahme aus.

Für eine Minderheit des Burgenlandes war ein Nachhang der Landesregierung vom 17 März von besonderer Bedeutung. Dieser besagte, dass auch Zigeuner, die bei der Volkszählung von 1934 mit einem Anteil von 2,2 % (6.507 Personen) an der burgenländischen Bevölkerung verzeichnet worden waren, nicht in die Stimmlisten aufgenommen werden durften. Weiters wurde in diesem Nachhang angeführt,

[17] Ebd.

Eine umfangreiche Darstellung über die Geschichte der burgenländischen Juden bietet Hugo Gold, Gedenkbuch der untergegangenen Judengemeinden des Burgenlandes (Tel Aviv, 1970). Für das Schicksal der Juden besonders nach dem „Anschluss": Klaus Mulley, Zur „Eindeutschung" des Burgenlandes. Juden, Kroaten und Magyaren zwischen Dissimilierung und Germanisierung 1938-1945. In: Karner, Burgenland 1945, 133-148.Weiters: Nikolaus Vielmetti, Das Schicksal der jüdischen Gemeinden des Burgenlandes. In: Burgenländische Forschungen, Sonderheft III (Eisenstadt, 1971) 196-214.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„daß auch solche Personen als Zigeuner zu gelten haben, die mit einem Zigeuner (Zigeunerin) verheiratet sind, oder deren Vater oder Mutter Zigeuner sind bzw. waren. Ferner wird angeordnet, daß alle jene Personen, welche in geschlossenen Zigeunersiedlungen wohnen, auch dann vom Stimmrechte ausgeschlossen sind und somit in die Stimmlisten nicht aufzunehmen sind, wenn seitens der Großeltern dieser Personen auch nur ein Teil (also ein Großvater oder eine Großmutter) von Zigeunern abstammt."[19]

Der Ausschluss von Juden und Roma von der Teilnahme an der Volksabstimmung wurde in den Reden populistisch ausgeschlachtet.[20]
Aus den weiteren Anordnungen geht hervor, dass das so heftig kritisierte Wahlalter von 24 Jahren bei der Volksbefragung nunmehr mit 20 Jahren angesetzt wurde. Dies entsprach dem Gesetz über das deutsche Reichstagswahlrecht vom 7 März 1936 und wurde publizistisch verwertet:

„Welch himmelweiter Unterschied gegenüber dem geplanten Vorgange bei der beabsichtigten Abstimmung am 13. März! Dass auch die jüngeren Volksgenossen (nach vollendetem 20. Lebensjahr also die spätestens am 10. April 1918 geborenen) stimmberechtigt sind, entspricht wohl ganz dem Empfinden der Allgemeinheit. Die Jugend hatt [sic!] vielleicht am meisten gelitten, stand vielfach in der vordersten Kampffront; die Jugend soll auch bei dem neuen Aufbau, der für die kommenden Geschlechter so wesentlich sein wird, mitstimmen können."[21]
Die Teilnahme an der Volksabstimmung war an den Besitz eines Stimmscheines gebunden, der aufgrund der Eintragung in die Stimmliste ausgestellt wurde. Die Erstellung der Stimmlisten hatte bis zum 27 März zu erfolgen, bis 31. März lagen sie zur Einsicht auf. Einspruch gegen die Aufnahme einzelner Personen in die Stimmliste konnte auch von Dritten erfolgen. Ein auffallendes Detail bei der Organisation ist, dass die Ankunft von 9.000 Stimmlisten bei der burgenländischen Landeshauptmannschaft bereits für den 16.

---

[19] BLA, Zeitgeschichtliche Sammlung, A/III-600-1938, 2. Karton. Zur Geschichte der Roma im Burgenland wird verwiesen auf: Mayerhofer Claudia, Dorfzigeuner. Geschichte der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart (Wien, 1989). Erika Thurner, Kurzgeschichte des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (Eisenstadt, 1984). Eine übersichtliche Darstellung über die Zeit des Nationalsozialismus bietet Eduard Staudinger, Die Zigeuner im Burgenland 1938-1945. In: Karner, Burgenland 1945, 149-165.
So lautete es in einer Rede vom 19. März: „Alle Männer und Frauen stimmen ab. Nur die Juden haben bei der Abstimmung nichts zu suchen. Die wären auch momentan zum größten Teil an der Abstimmung verhindert Güssinger Zeitung, 3. April 1938, S. 4f.
Güssinger Zeitung, 27 März 1938, S. 1.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

März angekündigt wurde.[22]
Die Zusammensetzung der Stimmbehörden wurde unter Punkt III der Verordnungen festgelegt, das Abstimmungsverfahren unter Punkt IV. In der Anlage des Gesetzesblattes fanden sich ein Muster des Stimmzettels, der Stimmliste und der Niederschrift der Wahlkommission. Diesen Verordnungen folgte eine Flut von Durchführungserlässen, welche die Mitglieder der Stimmbehörden, oftmals einfache Arbeiter und Bauern, zu überfordern drohten. So klagte Gauleiter Portschy in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, dass „eine große Verwirrung unter den Bürgermeistern und den Ortsstimmbehörden" aufgetreten sei.[23] Wenn den Anordnungen zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung nicht immer im vollen Ausmaße Folge geleistet wurde, erfolgten mehrere „Ermahnungen", denen durch versteckte und offene Drohungen mehr Gewicht verliehen wurde. So wurde am 28. März folgende „Ermahnung" ausgegeben:

Die Unterlagen für die Abstimmungslisten sind sehr mangelhaft, deshalb werden auch die Abstimmungslisten selbst unvollständig sein. Daraus ergibt sich aber die selbstverständliche Pflicht für jeden Stimmberechtigten, dass er eingetragen ist. Wer keine Einsicht in die Wählerlisten nimmt und dadurch um sein Abstimmungsrecht kommt, ist demjenigen gleich zu achten, der nicht will und damit sein Volk verrät.[24]

Hinter diesen bedrohlich klingenden „Ermahnungen" dürfte auch die Angst der neuen Machthaber vor der Stimmabgabe jener gestanden sein, die durch die gesetzlichen Regelungen ausgeschlossen werden sollten, um das Ergebnis nicht zu gefährden bzw. durch Unregelmäßigkeiten im größeren Umfange den Gesamteindruck einer „ordentlich" durchgeführten Abstimmung zu beeinträchtigen.

II. 2. Personelle Organisationsstruktur

Der Führer hat mir den ehrenvollen Auftrag gegeben euch Österreichern ein Helfer zu sein bei der Vorbereitung auf euren großen geschichtlichen Tag. Meine Aufgabe bei euch ist nicht schwer, denn ihr seid aus ganzem Herzen Deutsche... Ich bin stolz darauf und dankbar, euch Österreichern als Saarpfälzer bei diesem historischen Geschehen zur Seite stehen zu dürfen. Ich tue es umso lieber, als ich Zeuge sein darf, dass ihr Österreicher im äußer-

[22] BLA, Präs.A-145-1938. Genaue Richtlinien für die Anlegung der Stimmlisten finden sich in A/III-600-1938, 2. Karton, Umschlag 6.
BLA, AIIII-600/12-1938, Karton 1, Umschlag 2.
ÖStA, AdR, Bürckel, Karton 14, 1706.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

sten Osten in die Hand des treuen Saarländers im äußersten Westen einschlagen werdet, zum stärksten Bündnis für unseren herrlichen Führer und unser großes gemeinsames Vaterland.[25]

An der Spitze der personellen Organisationsstruktur für die Abstimmungskampagne stand mit Reichskommissar Josef Bürckel, dem ehemaligen Gauleiter der Saarpfalz, ein im Propagandawesen erfahrener Weggefährte Hitlers.[26] Durch seine Ernennung zum Saarbeauftragten der Reichsregierung im Jahr 1934, die ihn „de facto zum Leiter des Abstimmungskampfes für die Rückgliederung des Saargebietes auf nationalsozialistischer Seite" beförderte, und aufgrund der erfolgreichen Durchführung des Saarabstimmungskampfes hatte er sich bestens für die organisatorische Verwirklichung der Angliederung Österreichs qualifiziert.[27] Das von Bürckel im Saarland erstmals erprobte Erfolgsrezept Wirtschaftsaufschwung zu versprechen, die Unterstützung der Kirche zu sichern und mit offenen und verdeckten Drohungen den Widerstand der Gegner zu brechen sollte im Frühjahr 1938 auch in Österreich zur Anwendung gebracht werden.
Josef Bürckel, der der österreichischen Mentalität etwas befremdet gegenüberstand und der Qualifikation der nationalsozialistischen Kader vor Ort misstraute, brachte seine erprobten Mitarbeiter und Weggefährten nach Österreich mit. Aber nicht nur in Wien selbst wurden seine Weggefährten tätig. Bürckel setzte zur Unterstützung in den Bundesländern ebenfalls eigene Leute ein: In einem (undatierten) Brief an Hitler teilte er mit, den Gauleitern je einen Mann als Berater beigegeben zu haben, „der sich im Saarabstimmungskampf besonders bewährt hat und das nötige Fingerspitzengefühl besitzt."[28] Somit wurde ein Dr. Iven sowie Pg. Knissel, Kreisleiter aus dem

---

[25] Aufruf des Reichskommissars Bürckel, Beauftragter für die Durchführung der Volksabstimmung in Österreich. Wiedergegeben in: Güssinger Zeitung, 20. März 1938, S. 2
In einer Ausgabe der Wahlzeitung „Der 10. April" ist der Wagen Bürckels mit dem Kennzeichen „SAAR 13135" abgebildet, der Text unterhalb lautet: „Bald wird ein neues Datum: der 10.4.1938, würdig an die Seite des Saartages treten." „Der 10. April" Wahlzeitung für den deutschen Österreicher, o.D., S. 4.
Bürckel erreichte bei der Abstimmung am 13. Jänner 1935 in seiner Eigenschaft als Saarbeauftragter, gemeinsam mit seinem Mitarbeiterstab, eine Mehrheit für die Rückgliederung an Deutschland von 90,73%. 8,86% stimmten für die Beibehaltung des Völkerbundmandates und nur 0,4 % für einen Anschluss an Frankreich. Das Ergebnis war umso erstaunlicher, als das Saarland überwiegend katholisch war und auch über einen hohen Anteil an linksorientierter Arbeiterschaft verfügte.
ÖStA, AdR, RK für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Karton 9, 1300.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Saarland, zur Unterstützung von Gauleiter Portschy im Burgenland eingesetzt.[29] Der Einsatz dieser langjährigen Mitarbeiter Bürckels und ihre Erprobung im Propaganda- und Abstimmungseinsatz mögen als eine Erklärung für die penible und äußerst effiziente Durchführung der notwendigen Arbeiten dienen.

Von der Gauwahlleitung abwärts gab es eine strenge Hierarchie von Wahlkämpfern, wobei für die vorwiegend dörfliche Struktur des Burgenlandes ein eigenes Organigramm angewandt wurde. An der Spitze stand der Gauwahlleiter (Landeshauptmann Portschy), der in direktem Kontakt mit den am 18. März gebildeten Bezirksstimmbehörden stand, die am Sitz einer jeden Bezirksverwaltungsbehörde einzurichten waren. Die Leitung der Bezirksstimmbehörden oblag den Bezirks- oder Kreiswahlleitern. Für die Freistädte Eisenstadt und Rust wurden eigene Stimmbehörden eingerichtet. Von den Bezirksstimmbehörden wurden wiederum die Ortsstimmbehörden (Ortsgruppen- bzw. Gemeindewahlleiter, Stellvertreter und Beisitzer) informiert, welche für die Durchführung und Leitung der Volksabstimmung im betreffenden Ort zuständig waren. Orte mit mehr als 1.000 Einwohnern konnten mehrere Ortsstimmbehörden einrichten. Insgesamt wurden im Burgenland 325 Stimmorte gezählt. Die Mitglieder der Bezirks- sowie der Ortsstimmbehörden mussten innerhalb von drei Tagen gemeldet werden.[30]

Um die notwendigen Vorarbeiten in die Wege leiten zu können, fanden am 20. und 21. März die ersten umfassenden Informationsveranstaltungen statt. Dabei stand die Erstellung der Stimmlisten, die ab dem 27 März zur Einsichtnahme aufzulegen waren, im Vordergrund. Des weiteren mussten Einspruchskommissionen gebildet werden, diese wurden nur selten in Anspruch genommen.[31] Ebenso waren bis 26. März die Stimmlokale bekannt zu geben. Die Einschulung wurde von den Referenten der Bezirksstimmbehörden vorgenommen, die von Stimmort zu Stimmort reisten. Während die Bezirksstimmbehörden größtenteils aus Personen bestanden, die über eine gewisse juristische Vorbildung verfügten bzw. Erfahrung in administrativen Tätigkeiten vorweisen konnten, schien, wie bereits erwähnt, die Verwirrung bei den dörflichen Stimmbehörden hingegen groß zu sein. So sah sich auch der Leiter der Bezirksstimmbehörde Güssing, Dr. Bukowski, am 24. März dazu veranlasst, eine Beschwerde an Gauleiter Portschy zu senden:

---

29 Ebd.
BLA, A/III-600/1-1938, Umschläge 2 und 3, Konstituierung der Bezirksstimmbehörden vom 18. März. BLA, A/III-600/1938, Umschlag 8, Bildung der Ortsstimmbehörden.
Im Bezirk Oberwart gab es beispielsweise 10 Einsprüche, in Heiligenbrunn wurden „drei Zigeuner gestrichen" BLA, A/III-600/2-1938, Umschlag 7

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Seitens der Bezirksstimmbehörde wird darauf hingewiesen, dass durch die blosse Weitergabe der schriftlichen Weisungen an die Ortsstimmbehörden keineswegs Klarheit geschaffen wird, sondern die Befürchtung ausgesprochen, dass durch die bereits ergangene Unzahl von Weisungen besonders in den kleinen Ortsgemeinden die dortigen Funktionäre bereits jeden Überblick verloren haben. Es wird daher eine neuerliche Bereisung des Gebietes erforderlich sein, die sich aber abermals als gegenstandslos und überholt erweist, falls in der Zwischenzeit wieder neue Weisungen kommen sollten.[32]

Am 27 März kam es neuerlich, diesmal aber zu großangelegten Einschulungsveranstaltungen in allen Bezirken. Im Anschluss an die Einschulung fanden „Wahlkundgebungen", Propagandamärsche mit Musikkapellen und Ansprachen statt.[33] Bei der Gauwahlleitung herrschte aber noch keine Zufriedenheit mit dem gezeigten Einsatz, und so erließ Dr. Portschy folgenden Aufruf:

Alle Kräfte müssen freigemacht werden für die Durchführung der Volksbefragung [sic!]! Insbesondere ordne ich an:
1.) Die Führer der burgenländischen Privatwirtschaft haben ihren Angestellten und Arbeitern, sofern sie für die Bewegung unentbehrlich sind, dienstfrei zu geben. Den Arbeitern und Angestellten darf daraus kein Schaden erwachsen.
2.) Jeder Autobesitzer, soferne er Arier ist, hat seinen Wagen während des Wahlkampfes der Partei zur Verfügung zu stellen.[34]

Bürckel sah sich genötigt, am 31. März unter dem Titel „Noch 10 Großkampftage" österreichweit einen Aufruf zu verbreiten, der - einer gewissen Ironie nicht entbehrend - auf einer Dissonanz in der von deutscher Seite erwarteten, von den Österreichern aber anders interpretierten Arbeitsethik fußte:

Allen amtlichen Stellen und Wahlleitungen bringe ich zur Kenntnis, dass es in den nächsten Tagen für uns alle weder Tag- noch Nachtruhe gibt. Ich will damit nicht die Gemütlichkeit stören, die ich selbst hier schon außerordentlich schätzen gelernt habe; sie soll nach dem 10. April wieder zu ihrem vollen Recht kommen. Nun aber muss mit etwas mehr Tempo gearbeitet werden, damit der Wahlakt in vollkommener Ordnung zur Durchführung gelangt.[35]

---

32 BLA, A/III-600-1938, 2. Karton, Umschlag 1.
Alleine im Bezirk Jennersdorf nahmen 728 bei der Abstimmung tätige Personen an der Einschulung teil. Neue Eisenstädter Zeitung, 3. April 1938, S. 5.
BLA, Präs.A.-145-1938.
Grenzmark Burgenland, 31. März 1938, S. 1.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Am 3. April wurde von Bürckel nochmals „zur höchsten Pflichterfüllung" aufgerufen und um noch vorhandene Unklarheiten auszuräumen, kam es am 8. April zu einer abschließenden Bereisung des Burgenlandes durch den Abstimmungsexperten Regierungsrat Dr. Weingrabner, den Vorstand der Abt. III der Landeshauptmannschaft.

III. Das Burgenland auf dem Weg zur Volksabstimmung

III. 1. Die Katholische Kirche und die Volksabstimmung

Am naheliegendsten ist die Annahme, dass es der katholischen Kirche darum ging, sich durch ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus von den nicht zu Unrecht befürchteten Eingriffen und Beschränkungen freizukaufen.[36]

Die mit dem medial wirkungsvoll ausgeschlachteten Antrittsbesuch von Kardinal Innitzer am 15. März bei Hitler begonnene öffentliche Unterwerfung unter das neue Regime, für die das oben angeführte Zitat nur eine Interpretationsvariante darstellt, sollte im Rahmen der Volksabstimmung ihren Höhepunkt finden.[37] Aufgrund des traditionell großen Einflusses der katholischen Würdenträger auf das katholische Österreich, musste es für die Verantwortlichen der Volksabstimmung oberste Priorität sein, sich die Unterstützung der Kirche zu sichern.

Bis zum 11. März noch eine wesentliche Stütze des Ständestaates, erscheint es schier unglaublich, anhand von Quellenmaterial und bereits vorliegenden Publikationen nachzuvollziehen, wie rasch die Unterwerfung unter das neue Regime auch in der Öffentlichkeit vollzogen wurde. Die hinlänglich bekannte Erklärung der österreichischen Bischöfe für ein „Ja" zur Volksabstimmung stellt einen negativen Markstein in der Geschichte der österreichischen Kirche dar und konnte durch keine während der NS-Herrschaft erlittene Unbill ausgelöscht werden. Die Erklärung selbst gipfelte in dem Satz: „Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volk schuldig sind."[38]

[36] Botz, Nationalsozialismus, 117
Eine umfassende Gesamtdarstellung zur Frage der katholischen Kirche und des Nationalsozialismus, sowie zur Haltung Kardinal Innitzers bieten u.a. Erika Weinzierl, Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus (Wien, 1988). Maximilian Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938 (Graz, 1988). Viktor Reimann, Innitzer. Kardinal zwischen Hitler und Rom (Wien, 1967).
Diese Erklärung wurde unter anderem in der Wiener Zeitung vom 29. März 1938 abgedruckt.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Die gesetzten Handlungen sollten dennoch die erwünschte Wirkung verfehlen, denn da die Instrumentalisierung der Kirche zum Nutzen der Volksabstimmung mit 10. April beendet sein würde, erörterte die nationalsozialistische Seite schon frühzeitig das weitere Vorgehen für die Zeit danach. Während noch vordergründig die geistlichen Würdenträger zur Unterstützung aufgefordert wurden, um vermeintlicher Verfolgung entgegenzuwirken, erging bereits am 14. März seitens der Sicherheitsdirektion Eisenstadt der Aufruf an die Bezirkshauptmannschaft in Oberpullendorf, folgendes bekannt zu geben:
1.) Liste über sämtliche Klöster mit Bekanntgabe der Klöstervorstände und näheres eventueller Angabe bezüglich Besitz, Anzahl der Patres usw.
2.) Liste der geistlichen Würdenträger im Bezirke und Priester die sich gegen den Nationalsozialismus in Wort und Schrift aggressiv betätigt hatten.[39]

Die katholische Presse erfuhr ebenfalls ihre Anpassung an die neue Machtsituation. Während kritische Herausgeber und Redakteure entlassen bzw. arretiert wurden, entwickelten sich die katholischen Zeitungen unter kommissarischer Schriftleitung zu einem bedeutenden Instrumentarium in der Gewinnung etwaiger noch verunsicherter Christen. Dem neuen Regime huldigende Predigten und Reden so mancher Landpfarrer wurden gerne veröffentlicht und erzielten eine beträchtliche Wirkung.
Einstweilen galt es, bei „Wahlveranstaltungen" den Katholiken die Angst vor der nationalsozialistischen Herrschaft zu nehmen. So wurden „Gerüchte über Kirchenverfolgungen im Altreich" als Lüge dargestellt. Kreisleiter Sorg aus Würzburg führte in seiner Rede im burgenländischen Deutschkreuz weiters aus:
„Dass jeder, der solche Gerüchte verbreitet, sowohl ein Dummkopf, als auch ein Verbrecher sei. Hitler sei nicht nur kein Heide, sondern ein Musterchrist, denn er habe statt salbungsvoller Worte das Christentum der Tat gesetzt. Wer übrigens nicht an Gott glaube, könne auch nicht an die Sendung Adolf Hitlers glauben. Am 10. April gilt es, sich gläubig zu Adolf Hitler zu bekennen."[40]

Gauleiter Bürckel instrumentalisierte die Kirche weiter und rief am 3. April u.a. die Pfarrer „zur unverzüglichen und rückhaltlosen Zurverfügungstellung" auf.[41] Auch Hitler selbst wies in seinen Ansprachen immer wieder auf seine

[39] BLA, Landesregierungsarchiv, BH Oberpullendorf, XI-138-1938. Zitiert von Norbert Frank, Zur Situation der christlichen Religionsgemeinschaften im Burgenland. In: Burgenland 1938, 71-83, hier 71.
Wiedergegeben in: Neue Eisenstädter Zeitung, 3. April 1938.
Güssinger Zeitung, 3. April 1938.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„göttliche Sendung" hin und betonte, dass sein Aufstieg „Gottes Wille" sei.[42] Im Burgenland gehörten 85,1 % der Bevölkerung (254.750 Personen) der katholischen Kirche an. Die kirchliche Leitung oblag der „Apostolischen Administration des Burgenlandes", der Administrator war seit Oktober 1932 Kardinal Innitzer. Die Wichtigkeit der Instrumentalisierung der Pfarrer für die Zwecke der Volksabstimmung wurde von Bürckel ebenso wie von Gauleiter Portschy erkannt, und es wurde entsprechend gehandelt. Eine öffentlichkeitswirksame Gefälligkeit von Seiten der Kirche wurde dem Regime am 9. April erteilt, als im Rahmen der Abschlusskundgebungen zur Volksabstimmung während des im Anschluss an die Rede Hitlers gesungenen Dankliedes bei den Worten „Herr, mach uns frei!" alle Kirchenglocken geläutet wurden.[44] Die Erlaubnis, die Hakenkreuzfahne an den Kirchen anzubringen, wurde von Innitzer erteilt, und diese Information auch von der Apostolischen Administration des Burgenlandes an die Pfarrämter verbreitet. Die Schmückung der Gebäude wurde auf Pfarrhöfe und Schulen ausgeweitet, die Hakenkreuzfahnen waren am Samstag um 12 Uhr zu hissen.[45] Der Kirchenplatz in Rudersdorf wurde in einer Feierstunde in „Adolf-Hitler-Platz" umbenannt.

Kardinal Innitzer ging am Wahltag selbst mit gutem Beispiel voran: Er eilte früh zur Abstimmung und hob sowohl beim Betreten des Abstimmungslokals als auch beim Verlassen dessen die Hand zum Hitlergruß.[46] Um den Gläubigen ebenfalls die Möglichkeit einer rechtzeitigen Stimmabgabe zu bieten, wurde die Gottesdienstordnung für den Wahlsonntag geändert. Auf Verlangen des burgenländischen Gauleiters Portschy war der „Gottesdienst am Abstimmungstage zu einer solchen Zeit [abzuhalten], dass die Zeit von 7 Uhr früh bis 11 Uhr Vormittag auf jeden Fall für die Vornahme der Volksabstimmung gottesdienstfrei bleibt."[47] Neben dieser Beeinflussung durch seine Person weist Innitzer selbst in einer Denkschrift an Bürckel auf die Bedeutung der Beeinflussung von anderen kirchlichen Würdenträgern hin:

Die Bischöfe haben rückhaltlos ohne ein Bedenken und vor allem, ohne in irgendeiner Form den Anschein eines Tauschgeschäftes erwecken zu wollen, sich zu den neuen Verhältnissen in historischer Stunde geäussert; die Katholiken haben am Tage der Wahl ihre Pflicht restlos erfüllt; mir sind Hun-

---

42 Toynbee Arnold, Survey of International Affairs 1937-1939, Band I (London, 1941) 233.

ÖStA AdR, BKA, 2910-Pr/38.

BLA, A/III-600-1938, Karton 3, Umschlag 22.

Bericht an das State Department vom 20. April 1938. NA RG 59, 863.00/1759.

BLA, A/III-600-1938, Karton 1, Umschlag 17 Die apostolische Administration veranlasste am 25. März die Durchsetzung des Verlangens. BLA, A/III-600/7-1938, Karton 3, Umschlag 21.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

derte von Fällen bekannt, in denen nur auf das Wort der Bischöfe hin, auf den Rat der Priester hin die Leute sich zur JA-Stimme entschlossen haben.[48]

Wie wenig sich die hohen Erwartungen der Kirche erfüllt hatten, zeigt die oben zitierte, von Kardinal Innitzer am 24. Mai angefertigte Denkschrift für eine Vorsprache bei Bürckel. Innitzer bittet darin um Schutz der katholischen Interessen und bringt Beschwerden gegen die bereits massiven Eingriffe in das Kirchenwesen und in das kirchliche Gemeinschaftsleben vor. Bei der daraufhin tatsächlich gewährten Vorsprache wird von Bürckel die gezeigte Unterstützung der Kirche äußerst verächtlich bedacht. Auf den Vorhalt Innitzers, die Leute seien durch ihr Gewissen bedrängt worden und hätten sich durch die Geistlichen aufklären lassen, mit JA zu stimmen, meinte Bürckel geringschätzig: „Selbst wenn die Kirche dagegen gewesen wäre, hätten wir doch 50 % bekommen."[49]
Abschließend soll noch auf das Schicksal jener burgenländischen Pfarrer verwiesen werden, die mehr als „passive Resistenz" zeigten: etwa 20 von ihnen mussten ihren bisherigen Wirkungsort aufgeben, drei wurden ins KZ Dachau verbracht, der ehemalige Guardian des Eisenstädter Franziskanerklosters wurde im Gefängnishof von Stein erschossen.[50]

III.2. Die Haltung der evangelischen Kirche

Für den 10. April ist das deutsche Volk Österreichs aufgerufen, um in einer ehrlichen und freien Abstimmung vor aller Welt zu bekunden, daß die Rükkkehr ins Reich dem tiefsten Verlangen und Wünschen des Volkes entspricht. Wir stehen zum rettenden Ja des Führers. Das vorbehaltlose Ja der Evangelischen Österreichs als die dem Führer schuldige Antwort des Volkes ist für uns nicht nur selbstverständliche völkische Pflicht, an die wir niemand zu erinnern brauchen. Dieses Ja ist aufrichtiger Dank an den gnädigen Gott für Rettung und Befreiung unserer Heimat.[51]

Die Situation der evangelischen Kirche während des Ständestaates gestalte-

---

[48] Diözesanarchiv (DA) der Erzdiözese Wien, BA Innitzer 1933-38. Gedächtnisschrift vom 24. Mai 1938.
DA der Erzdiözese Wien. BA Innitzer 1933-38. Auch Gerhard Weinberg meint, Innitzer hätte den lange bekannten, antiklerikalen Attacken Bürckels mehr Beachtung schenken und sie als deutliche Warnung betrachten sollen. Gerhard Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic revolution in Europe 1933-36 (Chicago 1970), 300.
Vgl. Frank, Burgenland 1938, 77
Wiener Zeitung, 1. April 1938, S. 6.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

te sich anders als jene der katholischen Kirche, da die überwiegende Mehrheit ihrer geistlichen Führer seit Jahren den „Anschluss" an Deutschland favorisierte und evangelische Gemeinden traditionell als Hort von NS-Sympathisanten bekannt waren. Dies gilt auch für die evangelischen Gemeinden des Burgenlandes, wo 38.830 Personen (12,9 %) zur evangelischen Kirche AB und 1.552 (0,5 %) zum helvetischen Bekenntnis gehörten und damit auf einen prozentuell deutlich höheren Anteil im Vergleich zum übrigen Österreich kamen. Die Forcierung des NS-Gedankengutes ging dabei im wesentlichen von den Lehrern an den evangelischen Schulanstalten, weniger von den Pfarrern aus.[52] Berichten der Sicherheitsdirektion für das Burgenland zu Folge war die nationalsozialistische Vereinstätigkeit, konkret der Südmarkortsgruppen, „gerade in Gemeinden mit evang. Mehrheit wieder aufgelebt und der grösste Teil der Mitglieder dort ebenfalls dem evang. A.B. Bekenntnis angehört."[53] Die Verfolgung durch die Sicherheitskräfte des Ständestaates bedingte eine Stärkung der Vorurteile auf beiden Seiten.[54]

Die Erwartungshaltung gegenüber dem Deutschen Reich war ebenso wie der Jubel über den erfolgten Einmarsch groß, und der erfreuten Stellungnahme zum „Anschluss" folgte alsbald der eingangs zitierte Aufruf zum „Ja" bei der Volksabstimmung, welcher am 3. April in allen Kirchen verlesen wurde. Gustav Reingrabner vertritt diesbezüglich die Meinung: „Jeder der etwas auf sich hielt unter den Pfarrern, sorgte dafür oder wurde darum gebeten, dass seine Predigt vom 13. März oder vom 18. [sic!] April gedruckt wurde."[55]

Pfarrer, die dem neuen System kritisch gegenüberstanden und den Kurs der Kirchenführung nicht mittrugen, wie Pfarrer Viktor Robert Jacobi aus Markt Allhau, mussten ihre Gemeinden verlassen.[56] Dem Pfarrer der ungarisch-

---

52 Gustav Reingrabner etwa meint, dass es im Burgenland keine „politisierenden Pfarrer" gegeben hätte. Gustav Reingrabner, Die evangelische Kirche im Burgenland während des Ständestaates und des Deutschen Reiches. In: Festschrift für Ernst August. Das Burgenland in seiner pannonischen Umwelt. Burgenländische Forschungen, Sonderheft VII (Eisenstadt, 1984) 313-319, hier: 314. RGVA, Fond 742/1/77 _.

Am 9. März 1938 war vom Gendarmeriepostenkommando Heiligenkreuz ein Stimmungsbericht verfasst worden, in dem es hieß: „Wie nach den bisher gemachten Wahrnehmungen festgestellt werden konnte, beträgt die Zahl der national eingestellten Bevölkerung im hiesigen Überwachungsrayone ca. 60 bis 65 %, was hauptsächlich darin seinen Grund hat, dass einerseits fast 40 % der Bevölkerung dem ev. AB angehören, andererseits aber die nationalsozialistische Bewegung von der Steiermark aus ihren Ausgang nahm, wo diese Bewegung besonders stark ist." RGVA, Fond 742/1/42/44.

Gustav Reingrabner, Der März 1938 in der Evangelischen Kirche in Österreich. In: Amt und Gemeinde, 39. Jahrgang, 3 (1988) 30-36, hier: 20.

Evangelischer Kirchenbote, Nr. 5/1938, S. 42.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

dominierten Ortschaft Siget in der Wart wiederum widerfuhr bei der Volksabstimmung folgendes: „[Er] mußte seinen Stimmzettel vor den Augen der örtlichen Parteigenossen ausfüllen und wurde offen bedroht. Man fürchtete allgemein im Ort, daß er mit „Nein" stimmen würde".[57] Es gab wohl nicht viele Pfarrer oder Personen evangelischen Glaubens, die gegen den „Anschluss" waren. An diesem Beispiel wird aber hervorragend dokumentiert, wie schwer bzw. unmöglich es war, tatsächlich eine Nein-Stimme abzugeben. Doch auch die umfassende Zustimmung konnte die noch 1938 eintretende Entrechtung und Zurückdrängung der evangelischen, ebenso wenig wie die der katholischen Kirche verhindern.[58]

III.4. Die Bauern

Ihr Bauern Österreichs kennt den Leidensweg, den unsere Heimat in den letzten Jahren gehen musste, denn ihr ward stets selbst betroffen. Ihr habt erlebt, dass Tausende Eurer Höfe versteigert wurden, dass sie in die Hände jüdischer Großbanken und ausländischen Großkapitals übergingen.[59]

Die bäuerliche Bevölkerung stand dem Nationalsozialismus ambivalent gegenüber. Der tiefverwurzelte Katholizismus und eine konservative, auf Tradition ausgerichtete Lebenseinstellung trugen zum Misstrauen gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie bei. Die triste wirtschaftliche und soziale Lage sowie der steigende Grad an verschuldeten Höfen ließen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgekehrt proportional zur Unterstützung für den Ständestaat geringer werden. Das agrarisch dominierte Burgenland (1934 waren 55,1 % in der Land- und Forstwirtschaft tätig), welches der wirtschaftlichen Entwicklung der übrigen Bundesländer nachhinkte, litt besonders unter der starken Besitzzersplitterung, sodass neben wenigen Großgrundbesitzern, die ein Viertel des Bodens besaßen, eine Unzahl von kaum lebensfähigen Klein- und Kleinstbetrieben bestand.[60] Kri-

[57] Gerhard Baumgartner, Der „Anschluß" 1938 und seine Folgen für die ungarischsprachigen Bevölkerungsschichten des Burgenlandes. In: Malle Avgustin, Sima Valentin, Hg., Der „Anschluß" und die Minderheiten in Österreich: Referateband „Anšlus" in manjršine v Avstriji: zbornik predavanj (Klagenfurt 1989) 260-281, hier: 269.
Eine kurze Übersicht über die Entrechtung bzw. Enteignung gibt Reingrabner, Die evangelische Kirche. In: DÖW, Burgenland, 152-155.
Neue Eisenstädter Zeitung, 10. April 1938.
Vgl. Gerald Schlag, Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik im Burgenland vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Burgenländische Forschungen, Heft 70 (Eisenstadt, 1981) und Johann Seedoch, Zur wirtschaftlichen Lage des Burgenlandes während der 1. Republik. In: Burgenland 1938, 5-14.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

tisch war auch die Lage der Weinbauern, deren Höfe zu 70 % bis 80 % mit Hypotheken belastet waren.[61]
In Berührung mit dem nationalsozialistischen Gedankengut war die ländliche Bevölkerung schon seit Beginn der 30er Jahre gekommen, denn die illegalen Organisationen reichten bis tief in die dörflichen Regionen hinein. Als eine wichtige „Kaderschmiede" für spätere NS-Funktionäre sollten sich das Anhaltelager in Wöllersdorf sowie andere Gefängnisse bewähren. In einem Bericht über das burgenländische Dorf Schandorf heißt es nach dem „Anschluss":

Im Jahre 1935 flog eine grosse Schmuggelaktion auf, unter anderem wurden 5 Bauern in das Landesgericht Wien, Elisabethpromenade eingeliefert und bekamen 3-5 Monate Kerker. Zu dieser Zeit waren dort lauter Nazi eingesperrt, die im Gefängnis selbstverständlich ihre Schulungen hielten und den dicken Bauernschädeln den Nationalsozialismus einhämmerten. Als überzeugte Nazi, nicht zuletzt den Vorteil in Betracht ziehend, der ihnen bei einem Umbruch in den Schoss fallen würde, verliessen sie das Gefängnis. Diese 5 Leute waren dann, als sie das Gefängnis verliessen, illegal organisiert und stellen jetzt die führenden Männer des Ortes.[62]

Für die NS-Propagandaexperten stellte die Gewinnung der Landwirte schon auf Grund ihrer Anzahl von 78.786 Personen eine Herausforderung dar, der sie mittels unterschiedlicher Methoden Einbinden in Gemeinschaftserlebnisse, „Propaganda der Tat" und Überzeugung durch die Kirche - begegnen wollten.
Die erste Methode war die direkte Kontaktnahme mit den Bauern und ihre Einbindung in die Ereignisse. Erleichtert wurde die Anwendung dieser Methode durch das großflächig bereits vorhandene Netz von ehemals illegalen NS-Organisationen, wie der NS-Bauernschaft.[63] Von diesen wurden die Bauern zu Versammlungen geladen, die auf den Geschmack der ländlichen Bevölkerung abgestimmt waren. Eindringliche Ansprachen, die ein Ende allen Elends versprachen und auf regionale Aspekte ausgerichtet waren, wechselten mit zünftiger Blasmusik und machten diese Veranstaltungen zu echten Gemeinschaftserlebnissen, wobei in der Zeit vom 1. bis 3. April alleine im Burgenland 131 Veranstaltungen abgehalten wurden.
Zu bedenken gilt auch, dass über die „Wahlveranstaltungen" Gendarmerieberichte verfasst wurden, die wiederum an die zuständige Bezirkshaupt-

[61] Zahlen in: Schlag, Der 12. März, 98.
Aus einem undatierten, nicht gekennzeichneten Bericht über den Ort Schandorf im Burgenland. DÖW, 7525/2.
Vgl. DÖW, 6037

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

mannschaft und folglich an die Sicherheitsdirektion weitergeleitet wurden. Eine Nicht-Teilnahme an den Veranstaltungen blieb nicht unbemerkt und konnte unangenehme Konsequenzen für die Betroffenen haben. Des weiteren waren die Bauern in die organisatorischen Vorarbeiten für die Volksabstimmung eingebunden und stellten das Gros in den örtlichen Stimmbehörden. Diese Tätigkeit war zweifellos mit der Hebung des Selbstwertgefühles verbunden. Mit einem eigenen Plakatentwurf „Der Bauer im Reiche Adolf Hitlers", der sich eigens auf die Bauernschaft bezog und nur in ländlichen Gebieten anzubringen war, wurde ebenfalls um diese Bevölkerungsschicht geworben.[64]
Mittels der „Propaganda der Tat" wurden die Vorhaben konkretisiert: Geldspenden, Sachleistungen und Lebensmittelgutscheine dienten als Sofortmaßnahmen. Wie eine Lageberichterstattung des GPK Drassmarkt vom 3. April 1938 zeigt, dürfte diese Propaganda nicht unmittelbar gewirkt haben:

[Es] wird angezeigt, dass im Laufe der letzten Woche Wahlkundgebungen stattgefunden haben. An diesen Wahlkundgebungen hat die gesamte Ortsbevölkerung in Karl und Weingraben teilgenommen. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich bis dato nichts geändert und herrscht bei der hiesigen Bevölkerung noch immer großer Geldmangel. Von der N.S.D.A.P. wurden Geldspenden bezw. Gutscheine zum Einkaufen von Lebensmitteln an die notbedürftigen Bewohner in Drassmarkt und Kaisersdorf verteilt. Einige von den Ortsarmen in Kaisersdorf haben über diese Verteilung bereits Beschwerde geführt, weil die Verteilung angeblich nicht gerecht vorgenommen wurde.[65]

Es galt also, Hoffnungen auf weitere Verbesserungen in den Ansprachen zu wecken und so wurden die Aufhebung der Zwangsversteigerungen, die Verbilligung der Düngemittelpreise, die Ausbezahlung der Anbauprämien, die Vornahme von Entschuldungen, die Ausdehnung des Reichserbhofgesetzes auf Österreich und eine Modernisierung des bäuerlichen Maschinenparks in

[64] Vgl. Abschnitt „Propagandamittel"
BLA, BH Oberpullendorf, Karton 9, 1938.
Die „Propaganda der Tat" wurde durch Ansprachen als auch Zeitungsartikel verbreitet. Vgl. u.a. Güssinger Zeitung vom 27 März und 3. April, Neue Eisenstädter Zeitung vom 10. April 1938. Bezüglich der Geld- und Sachspenden vgl. auch Lageberichte des GPK Lockenhaus an die BH Oberpullendorf. BLA, BH Oberpullendorf 1938, Karton 9, XI-149-1938. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den Maßnahmen für die Bauernschaft bietet u.a. Helmut Konrad, Die Verankerung von Ständestaat und Nationalsozialismus in den sozial schwächeren Gruppen 1934-1938, 159-174. Hier: 160-164. In: Felix Kreissler, Hg., Fünfzig Jahre danach – der „Anschluss" von innen und außen gesehen. Beiträge zum Internationalen Symposion von Rouen 29. Februar – 4. März 1988 (Wien 1989).

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Aussicht gestellt.[66]
Auch die bäuerliche jüdische Landbevölkerung bekam bald den „Tatendrang" der neuen Machthaber zu verspüren. Schon am 27 März hieß es in der Güssinger Zeitung: „Treuhänder für verlassene jüdische landwirtschaftliche Betriebe eingesetzt."[66] Gleichzeitig wurden „jüdische Großbanken" für den hohen Verschuldungsgrad der bäuerlichen Anwesen verantwortlich gemacht. Von den Propagandaleitern rasch erkannt, musste, neben dem Einsatz politischer Funktionäre, die katholische Kirche und dabei vor allem die kleinen Landpfarrer motiviert werden, um einen allfälligen Gewissenskonflikt bei der Abstimmung zu vermeiden.[68] Nicht umsonst forderte Gauleiter Portschy die Pfarrer zu „höchster Pflichterfüllung" auf. Das Verlesen der bischöflichen Erklärung von den Kanzeln, die von den Kirchentürmen wehenden Hakenkreuzfahnen und das Glockengeläute am Großdeutschen Tage zu den Zeilen „Herr, mach uns frei!" mussten, gepaart mit den vorher beschriebenen Methoden, auch die bäuerliche Bevölkerung mürbe machen.

III.5. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft[69]

„Ihr früheren Kommunisten und Sozialdemokraten! Ich glaube nicht daran, daß einer, der deutsches Blut in den Adern hat, innerlich schlecht sein kann. Es gibt tausende anständige Menschen im früheren roten Lager, die geglaubt haben, ihre Sache sei richtig. Ich habe mich an euch Arbeiter zuerst gewendet, weil ich meine Aufgabe hier in Österreich darin sehe, dem kleinen Mann zu helfen. Wir alle sind Arbeiter, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Derjenige, der sich schämt, Arbeiter genannt zu werden, der hat mit uns nichts zu tun."[70]

Eine wesentliche Rolle im „Abstimmungswahlkampf" spielte die Gewinnung der Arbeiterschaft. Vor dem Bürgerkrieg durchwegs glühende Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, während des Ständestaates zunehmend zermürbt durch politische Führungslosigkeit und einer sozialen als auch wirtschaftlich schwierigen Lage, war alle Hoffnung auf ein Ende des

---

66 Güssinger Zeitung, 27 März 1938, S. 7
Vgl. „Die katholische Kirche und die Volksabstimmung"
Zur Gewinnung der Arbeiterschaft siehe: Botz, Nationalsozialismus, 129-147 Rudolf G. Ardelt, Hans Hautmann, Hg., Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich (Wien, 1990) und DÖW, Hg., „Anschluss" 1938, 586-611. Robert Schwarz, „Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des „Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39 (Wien, 1975).
Gauleiter Bürckel in einer Rede vor KdF-Fahrern (Kraft durch Freude) am 21. März 1938. Zitiert in: DÖW, „Anschluß", 586. Eigene Hervorhebung.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

autoritären Schuschnigg-Regimes gerichtet. Doch die Ablöse fand nicht in Form einer kurzfristig möglich erscheinenden Rückkehr der Sozialdemokraten in die Regierungsgeschäfte, sondern in Form eines anderen autoritären Regimes statt. Und, ebenso wie bei der Anberaumung der Volksbefragung, sollte auch diesmal der Hoffnung auf eine Wende zum Besseren nur ein kurzfristiges Aufflackern beschieden sein.

Hatten die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl im Burgenland 1930 noch 37,8 % (50.723 Stimmen) errungen, waren durch die Zerschlagung der Partei und ihrer Strukturen nach 1934 nur noch Kleingruppen erhalten geblieben. Im Gegensatz zu den „Arbeiterhochburgen" in einigen Wiener Bezirken oder in den Industriegebieten anderer Bundesländer gab es 1930 im Burgenland nur 35 Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und keine Großstädte.[71] Aus diesen Gegebenheiten resultierte eine große Anzahl von Wanderarbeitern, die in Wien und Niederösterreich Arbeit suchten. Dies schwächte naturgemäß den Aufbau und die Schlagkraft der sozialdemokratischen Parteiorganisationen. Viele Sozialdemokraten waren bereits durch illegale Parteigänger mit nationalsozialistischer Ideologie in Berührung gekommen, und auch für sie sollten sich die Gefängnisaufenthalte während des Ständestaates als „Schulungsaufenthalte" bewähren. Die zur Zeit des Ständestaates betriebene legale (nach dem Juliabkommen 1936) und illegale Verbringung hunderter arbeitsloser burgenländischer Bau- und Landarbeiter nach Deutschland verschaffte der NSDAP einen Kader von überzeugten Parteigängern, die ihr neuerworbenes Wissen nach ihrer Rückkehr für Parteizwecke einsetzten.[72] Die propagierte Aussicht auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung ihrer sozioökonomischen Situation erleichterte das „Überlaufen"

Die neuen Machthaber wollten aber nicht nur die vorhandenen Sympathisanten sichern, sondern bei der Volksabstimmung 100 % erreichen, und es wurden vorerst einmal alle Kräfte dafür eingesetzt, den Arbeitern das Paradies auf Erden zu verheißen. Darüber hinaus galt es, zum Widerstand neigende Personen „wegzusperren" und mittels offener oder subtiler Drohungen weiteren Widerstand zu verhindern. Denn während in der Öffentlichkeit der Versuch unternommen wurde, den neuen Staat als Paradies für die Arbeiter anzupreisen, wurden im Hintergrund die Funktionäre der Sozialdemokraten und Kommunisten in Schutzhaft genommen, und die Anweisung

---

[71] Insgesamt waren 1934 36.938 Personen in Gewerbe und Industrie beschäftigt, 16.499 im Dienstleistungssektor. Zahlen aus: 50 Jahre Burgenland, 1921-1971 Heft 1 und 2, hg. vom Amt der burgenländischen Landesregierung (Eisenstadt, 1971) und Statistisches Jahrbuch Burgenland 1981, hg. vom Amt der burgenländischen Landesregierung (Eisenstadt, 1981).

Ebd, 790.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

erteilt, ähnlich wie im Falle der Religionsgemeinschaften, vollständige Listen u.a. über ehemalige Angehörige des Schutzbundes, der Revolutionären Sozialisten und der Kommunistischen Partei anzufertigen und an die Gestapo zu übermitteln.[73]
Vordergründig wurde im Zuge der unzähligen „Wahlveranstaltungen" und Ansprachen den Arbeitern immer ein besonderes Augenmerk geschenkt. Den hehren Worten folgte die „Propaganda der Tat": in Orten, die als Arbeiterhochburgen bekannt waren, wurden Zusatzlöhne ausbezahlt und Arbeitslose für gemeinnützige Tätigkeiten eingestellt, was naturgemäß auch in der Arbeitslosenstatistik einen positiven Niederschlag fand.[74] Des weiteren wurden Lebensmittelsachspenden und Gutscheine ausgeteilt und 55 burgenländische Kinder fuhren am 5. April nach Franken. Auf einem Flugblatt wurde den „Vätern und Müttern" auch Kinderbeihilfe versprochen.[75] Die Teilnehmer an den KdF-Fahrten nach Deutschland sollten nicht nur selbst überzeugt werden, sondern nach ihrer Rückkehr als Multiplikatoren fungieren.[76] Welche Wirkungen diese Maßnahmen in den vormals sozialdemokratischen Bastionen hatten, wurde publizistisch besonders verwertet:

Heute sieht man hier [Neufeld an der Leitha] hunderte begeisterte Arbeiter, deren von jahrelangen Entbehrungen abgehärmtes Gesicht nun Glück, Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht widerstrahlt. Man muß in Neufeld unwillkürlich die Feststellung machen, daß der Nationalsozialismus die Seelen der Arbeiter bereits gewonnen hat. Jubelnd wurde von den Arbeitern die Nachricht begrüßt, daß eine stattliche Anzahl von ihnen an der KdF-Fahrt burgenländischer Arbeiter in das Reich teilnehmen kann.[77]

Gesonderte Hinweise auf die Stimmung unter den Arbeitern in den jeweiligen Lageberichten der Gendarmeriekommandos deuten gleichzeitig darauf hin, dass seitens der neuen Machthaber sehr wohl Angst davor herrschte, dass die Arbeiter Widerstand leisten oder zumindest das Ergebnis der Volksabstimmung beeinträchtigen könnten.[78]
Ähnlich der Erklärung der österreichischen Bischöfe an die Katholiken wurde das Interview Dr. Karl Renners, in dem er sein „Ja" bei der Volksab-

---

[73] Runderlass abgedruckt in: DÖW, „Anschluß", 608.
Neue Eisenstädter Zeitung, 3. April, 1938, S. 4f.
IfZG, DO 88, Wa 48.
Güssinger Zeitung, 3. April 1938: „10.000 Arbeiter fahren nach Hamburg" Neue Eisenstädter Zeitung, 27 März 1938: „500 burgenländische Arbeiter nach Leipzig" Grenzmark Burgenland, 26. März 1938, S. 6.
BLA, Lageberichte der Gendarmeriekommandos an die BH Oberpullendorf 1938, XI-149-1938.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

stimmung bekundete, propagandistisch für die Gewinnung der Arbeiterschaft verwertet - und ist ebenso umstritten geblieben.[79] Seitens der führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten im Burgenland kam kein Aufruf, hingegen wurden viele von ihnen, genannt seien nur Stefan Billes und Ignaz Till, verhaftet und in Konzentrationslager überstellt. Bei der Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse wurde jedoch noch immer gesondert auf jene ehemaligen roten Hochburgen, wie Neufeld an der Leitha, verwiesen, wo ebenfalls eine 100%ige Zustimmung verzeichnet werden konnte. Kommentiert wurde das Ergebnis mit den Worten: „Ein Wunder ist geschehen!"[80] In der Erinnerung Richard Berczellers hat es sich dabei weniger um ein Wunder gehandelt, als um das Resultat eines „...Trommelfeuer[s[der Propaganda, [das] ebenso Angst wie ungemessene Erwartungen erwecken wollte..." Sich nicht von „einem der zahlreichen Geschosse, die es auf Herz und Hirn der Menschen abgesehen hatten" ereilen und außer Gefecht setzen zu lassen, war kaum möglich.[81]

III.6. Die kroatische Minderheit bei der Volksabstimmung

Brave Kroaten brauchen keine Angst zu haben, denn treues Bekenntnis zu ihrer kroatischen Nationalität wird im Sinne der neuen Ordnung auf keine Weise zu leiden haben.[82]

Die kroatische Bevölkerung des Burgenlandes umfasste bei der Volkszählung 1934 40.500 Personen (13,5% der Bevölkerung), die Siedlungsgebiete waren auf das gesamte Burgenland verteilt. Während die kroatischen Gemeinden im Norden vornehmlich Arbeitergemeinden waren und als Anhänger der Sozialdemokratischen Partei galten, waren die Gemeinden im Süden agrarisch dominiert und Parteigänger der Christlichsozialen Partei. Ihr politischer Führer, Dr. Lorenz Karall, leitete 1927 die ehemalige christlich-kroatische Bauernpartei in die Christlichsoziale Partei über und wurde deren zweiter Obmann-Stellvertreter bis 1934. Während des Ständestaates hatte er die Position eines Staatsrates inne und rief noch Anfang März 1938 die kroatische Bevölkerung zur Unterstützung der geplanten Volksbefragung auf.[83] Schon wenige Tage später wurde ebenfalls in der „Hrvatske Novine", der Wochenzeitung des Kroatischen Kulturvereines, welche die offizielle Vertre-

---

79 Eine eingehende Auseinandersetzung mit dem „Ja" Renners bietet u.a. Botz, Nationalsozialismus, 140-145.
Grenzmark Burgenland, 16. April 1938, S. 6.
Berczeller, Leser, mit Österreich verbunden, 281.
Güssinger Zeitung, 27 März 1938, S. 5.
Aufruf in der Hrvatske Novine vom 12. März 1938, S. 1.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

tung der Kroaten nach außen hin darstellte, der „Anschluss" an Deutschland bejubelt. Karall, der auch über starken Einfluss im Kulturverein verfügte, propagierte am 26. März, die Kroaten sollten am 10. April „hoffnungsvoll" und „entschlossen" mit „Ja" stimmen.[84] Die Motive für diesen Aufruf lagen in der Hoffnung, sich damit den Status quo auch im neuen staatlichen Machtgefüge zu sichern und einer eventuellen Entrechtung und Verfolgung vorzubeugen. Gleich der katholischen Kirche wurden auch die Hoffnungen der Kroaten enttäuscht, und die Beschneidung ihrer Rechte sollte unmittelbar nach der Volksabstimmung einsetzen.[85] Karall schied vorerst aus dem politischen Leben aus und kehrte 1946 als Landeshauptmann zurück.[86]
Bei einer Besprechung am 23. März wurde laut einer Aktennotiz des Leiters des Wahlorganisationsamtes, Friedrich Rainer, festgelegt, dass „die nationalen Minderheiten nicht gesondert behandelt werden sollten."[87] Da die meisten Kroaten des Burgenlandes in rein kroatischen Ortschaften wohnten, war die Überwachung ohnehin gegeben und so konnte offenbar von einer „gesonderten Behandlung" abgesehen werden. Jetzt galt es, die Zustimmung im Zuge des „Wahlkampfes" zu sichern. Langjährige illegale Parteigänger wie Dr. Demeter Linzer und Viktor Pichler wurden bei der Propagandaoffensive aktiv. Bei Versammlungen in den kroatischen Gemeinden, geleitet u.a. von Gauleiter Portschy selbst, sowie durch Aufrufe in den Zeitungen wurde den Kroaten eine gesicherte Zukunft im Großdeutschen Reich versprochen wenn sie sich im Rahmen der Abstimmung zu diesem auch bekennen. Betont wurde, dass es am 10. April nicht um eine Verneinung des kroatischen Volkstums, sondern ausschließlich um ein Bekenntnis zum deutschen Staate gehe. Mit dieser vermeintlichen Zusicherung seitens der Regierung und der nachfolgenden Aufforderung Karalls konnte viele Kroaten überzeugt werden:

„Unsere Antwort wird auch diesmal zeigen, daß wir Kroaten uns vollkommen loyal gegen den neuen Staat verhalten wollen, daß wir den Willen haben, seine deutsche Führung anzuerkennen und ihr das vollste Vertrauen zu schenken, daß diese Führung unsere Heimat zum Glück und Wohlstand führen wird. Wir werden damit noch mehr sagen: nämlich, daß wir überzeugt sind, daß die Kroaten im Burgenland in ihren nationalen Rechten und ihrer freien Entwicklung ungestört bleiben, wie das der Gauleiter und Lan-

[84] Ebd., 26. März 1938, S. 1.
Einen Überblick über die gesetzten Maßnahmen gibt Mulley, „Eindeutschung" In: Karner, Burgenland, 140-144.
Details über das Leben und Wirken von Karall in: Peter Wurm, Dr. Lorenz Karall. Diss. (Wien, 1983).
ÖStA, AdR, Bürckel-Mat., 1360.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

deshauptmann Dr. Portschy erklärt hat.[88]

Dieser Versuch Karalls, die Zustimmung zur Volksabstimmung mit der Sicherung des Status der Kroaten zu präjudizieren, schlug ebenso fehl wie der Kardinal Innitzers für die Katholiken. Für die neuen Machthaber hingegen waren diese Unterstützungserklärungen im Augenblick von immenser Bedeutung. Im Falle der kroatischen Bevölkerung war gerade auch die Beeinflussung durch die katholische Kirche von Relevanz, denn die Kroaten waren traditionell eng mit ihr verbunden. Es galt der Grundsatz: „Kein Ort kann ohne kroatischen Gottesdienst kroatisch bleiben."[89] Und im „Bericht über das (kroatische) Dorf Schandorf" heißt es: „Die Leute besuchen alle am Sonntag die Messe. Der Ort ist zwischen 9 und 11 Uhr wie ausgestorben. ...Die Wohnungen strotzen von Heiligenbildern in allen Größen und Formaten. Rosenkränze hängen zu dreien und vieren an der Wand und vom oftmaligen Herunternehmen zeigt die Mauer Fingerspuren."[90]
Wie auch im Falle der Gewinnung der übrigen Bevölkerungsgruppen ist die psychologische Auswirkung der „gezielten Gerüchteausstreuung" nicht zu unterschätzen. Den Kroaten wurde solcherart die Aussiedelung angedroht, sollte die Abstimmung nicht eindeutig ausfallen. Insgesamt zeitigten die angewandten Methoden großen Erfolg: die „Wahlveranstaltungen" wurden vollzählig besucht, sogar „reichsdeutsche anstatt kroatischer Redner" wurden angefordert, 10 Bürgermeister kroatischer Gemeinden bekundeten ihre „Treue zum Führer und Großdeutschland" unter großer Aufmachung in der „Grenzmark Burgenland" So lautete es dort in einem Aufruf:

„Unbeschreiblicher Jubel erfüllt unsere Herzen, dass wir Kroaten trotz unseres Volkstums nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein müssen. Wir werden das Ihnen und durch Sie unserem Führer und Retter Adolf Hitler niemals vergessen. Uns Kroaten wird man in den ersten Reihen der Kämpfer für Deutschlands Ehre und Freiheit finden, denn diese Ehre und Freiheit ist auch unsere Ehre und Freiheit. Es lebe Großdeutschland!"[91]

Es gab in den kroatischen Dörfern am 10. April keine Gegenstimme.

---

88 Wiedergegeben in: Grenzmark Burgenland, 2. April 1938, S. 2.
Geosits führt dazu auch einige Beispiele an. Geosits, Die Bedeutung der katholischen Kirche für die burgenländischen Kroaten. In: Geosits, Burgenländische Kroaten, 296-309, hier 297
DÖW, 7525/2.
Grenzmark Burgenland, 8. April 1938, S. 8.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

III.7. Die ungarische Minderheit

Am 10. April gehen die österreichischen Magyaren bis auf den letzten Mann abstimmen. Nicht nur als verläßliche und pflichtbewußte deutsche Staatsbürger, sondern als Brüder und Schicksalsgenossen [92]

Die Geschichte der im Burgenland lebenden ungarischen Minderheit, die 1934 10.442 Personen (3,5 % der Bevölkerung) umfasste, ist noch relativ unerforscht.[93] Dies ist teilweise in der Tatsache begründet, dass diese Sprachgruppe räumlich, in religiöser Hinsicht als auch sozioökonomisch äußerst inhomogen war. Eine besondere Affinität zu einer politischen Partei kann ebensowenig festgestellt werden. Zum Zeitpunkt des „Anschlusses" bereits vorhandene illegale nationalsozialistische Parteigänger rekrutierten sich aus dem Kleinbauerntum und verstärkt aus protestantischen Gemeinden.
Da keine Homogenität gegeben war, und die gemeinsame Sprache bzw. Abstammung keine Klammer über die jeweilige soziale, religiöse oder politische Zugehörigkeit bilden konnte, wurde die ungarische Minderheit auch nicht gesondert für ein „Ja" bei der Volksabstimmung umworben. Dies scheint auch nicht notwendig gewesen zu sein, denn es wurden nur vier „Nein" Stimmen gezählt.

IV. Der Aufbau der Propaganda und der Einsatz von Propagandamitteln

Die Durchführung der Propagandakampagne der Nationalsozialisten kann in ihrem Umfang und ihrer Intensität in dem zur Verfügung stehenden Zeitrahmen zu Recht als historisches Pilotprojekt bezeichnet werden. In diesem Abschnitt werden Besonderheiten des „Wahlkampfes" im Burgenland dargestellt.

IV.1. Und jeder war dabei: Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche als Gemeinschaftserlebnisse

In der Vorbereitung der Volksabstimmung war ein oft verwendetes propagandistisches Mittel die Massenkundgebung, die sich in der Dekoration, im

---

92 Aus der ungarischsprachigen Zeitung „Hétfö" vom 28. März. Übersetzung in Grenzmark Burgenland, 2. April 1938, S. 2.
Einen Überblick gibt Gerhard Baumgartner, Der „Anschluss" 1938 und seine Folgen für die ungarischsprachigen Bevölkerungsschichten des Burgenlandes. In: Malle, Sima, „Anschluss", 260-281. Vgl. auch: Suppan, Volksgruppen und Matthias Schmelzer, Harald Wendelin, Magyarul Beszélünk? Die ungarischsprechende Bevölkerung im Burgenland. In: Elisabeth Deinhofer, Traude Horvath, Hg., Grenzfall Burgenland 1921-1991(Eisenstadt, 1991) 181-191.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Stil und im Ablauf an die im nationalsozialistischen Deutschland entwickelte Theatralik und die Regie derartiger Ereignisse hielt. Dies ergab auch die Möglichkeit, die Zuschauer als erwartungsvolle Masse zu inszenieren, der ein über ihr stehender Verkünder eine Heilsbotschaft überbringt, ein theologisches Element, das bei den Hitlerreden besonders ausgeprägt war.[94]

Bei der Vorbereitung der Versammlungen galt es, nichts dem Zufall zu überlassen. So gehörten bei der festlichen Ausschmückung der Räumlichkeiten, meist Schulklassen oder Gasthaussäle, Tannenzweige, Hakenkreuzfahnen und Wimpel zur Standardausrüstung. Bei Abendveranstaltungen wurden häufig Fackeln mitgetragen. Nach einer musikalischen Einstimmung durch Blasmusikgruppen hielten die Ehrengäste ihre Reden, wobei darauf geachtet wurde, dass neben dem österreichischen auch ein reichsdeutscher Redner eingesetzt wurde. Danach kam es zum feierlichen Absingen des Deutschlandliedes und ähnlicher Weisen. Beendet wurden die Veranstaltungen meist mit einem Umzug, bei dem wieder die Fackeln zum Einsatz kamen. Waren Bewohner mehrerer Ortschaften zusammengekommen, marschierten sie in geschlossenen Gruppen in ihre Heimatdörfer zurück.[95] Für die ländliche Bevölkerung waren diese Kundgebungen von großer Bedeutung, da sie wichtige Informations- und Unterhaltungsquellen darstellten – es gab keine Fernseher, Radiogeräte gab es nur vereinzelt, Zeitungen waren wenig verbreitet –, und darüber hinaus hinterließen diese Ereignisse durch die gekonnte Inszenierung und das empfundene Gemeinschaftserlebnis auf der emotionalen Ebene einen ungeheuren Eindruck. Die Überwachung der Veranstaltungen durch die örtlichen Sicherheitskräfte und die nationalsozialistischen Parteigenossen machte es für Gegner und Kritiker sehr schwer, sich der Teilnahme zu entziehen. In Anbetracht der burgenländischen „Versammlungskalender" (i.e. Auflistung von Propagandaveranstaltungen) zwischen dem „Anschluss" und dem Tag der Volksabstimmung wird deutlich, dass keine Stadt, kein Dorf, kein Bewohner der nationalsozialistischen Propagandawelle entgehen konnte. Durch die wiederkehrenden Aufmärsche von HJ-Gruppen, auch aus anderen Bundesländern, und des BdM wurde zudem das Interesse ständig wachgehalten und damit auch von den unangenehmen Begleiterscheinungen des neuen Regimes bzw. der tatsächlich für den Großteil der Bevölkerung unverändert gebliebenen Lebenssituation abgelenkt.

---

[94] Gerhard Jagschitz, Photographie und „Anschluß" im März 1938. In: Rathkolb/Duchkowitsch/Hausjell, Hg., Veruntreute Wahrheit, 52-88, hier: 81. Vgl. Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Markt St. Martin an die BH Oberpullendorf. BLA, BH Oberpullendorf, XI-149-1938, Karton 9, 1938.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

IV.2. Die Medien im Dienste der Volksabstimmung

Anders als bei der geplanten Volksbefragung Schuschniggs erhielt das neue Regime durch die „Gleichschaltung", welche unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen erfolgt war, 100%ige Unterstützung sämtlicher Medien. Die „Gleichschaltung" geschah durch die Übernahme der wichtigsten Positionen in Radio und Zeitungen durch langjährige illegale Parteigenossen bzw. durch vorauseilenden Gehorsam übriger Angestellter, die durch ihr „Überlaufen" ihre Existenz sicherten. Durch die Verhaftung von den neuen Machthabern kritisch gegenüberstehenden Personen und ihrer Entfernung aus den bisherigen Positionen stand dem Einsatz für die Zwecke der Volksabstimmung niemand mehr im Wege.

IV.2.1. Der Rundfunk

Volksgenossen in Stadt und Land, die Ihr noch nicht Rundfunkteilnehmer seid, an Euch ergeht der Aufruf: Werdet Rundfunkteilnehmer! Nehmt teil am Leben der Nation, an dem Ihr zu jederzeit und zu jeder Stunde über den Rundfunk dem Führer verbunden seid![96]

Schon unmittelbar nach der von seinem Bruder Arthur aufgezeichneten Abschiedsrede Schuschniggs wurde der österreichische Rundfunk von vormals illegalen nationalsozialistischen Angestellten von „innen" her übernommen. An der Spitze wurden zwei Vertraute Bürckels, Adolf Raskin und Karl Mages, installiert.
Während die inhaltliche Ausrichtung auf die Volksabstimmung und ein 100%iger Einsatz der Angestellten sichergestellt war, ergab sich noch das Problem der Erreichbarkeit des Publikums. Dem sollte mit dem eingangs zitierten Aufruf unter dem Titel „Rundfunkhören ist Pflicht" entgegengewirkt werden, und um eine „maximale Breitenwirkung" zu sichern, wurden bis zum 10. April österreichweit ca. 30.000 sogenannte Volksempfänger gratis ausgegeben. Die Koordinierung dieser Ausgabe innerhalb weniger Tage wurde unter der Regie saarländischer Experten zu Wege gebracht. Die Zahlen der vorhandenen Geräte lassen auf ein starkes Stadt-Land-Gefälle schließen: Während die Hörerdichte in Wien 15,6 % betrug, lag sie im Burgenland, wo es auch kein eigenes Landesstudio gab, bei 0,28 %.[97] Um den Radius der Übertragungen weiter auszubauen, wurde die schon unter Schuschnigg praktizierte Methode, die Ausstrahlung von wichtigen Reden auf öffentlichen Plätzen, verbessert, und der „Gemeinschaftsempfang" wurde

[96] Aufruf in der Neuen Eisenstädter Zeitung, 3. April 1938, S. 3. Zahlen aus: Venus, Zum Ende gespielt. In: Rathkolb/Duchkowitsch/Hausjell, Veruntreute Wahrheit, 108-158, hier 136.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

zur fixen „Wahlkampfeinrichtung" Die „Gemeinschaftsempfänge" fanden in geschmückten Gasthaussälen, Schulen und Turnhallen, umrahmt von Musikkapellen und Ansprachen, statt.[98] Durch das Erleben der Ansprachen in der Masse wurde das Empfinden des Einzelnen enorm verstärkt. Zu beachten gilt auch, wie in einem Kommentar der Dokumentation „Österreich II" festgehalten wird, dass Rundfunk und Film neue Massenmedien darstellten, denen „die Menschen völlig ungewappnet ausgesetzt waren" Für die Bevölkerung galt: „Was aus dem Radio kommt, gilt als amtlich und wahr."[99]

IV.2.1. Die Zeitungen

„Passen Sie auf, die ganzen Presseleute, die müssen sofort weg und unsere Leute hineinkommen!".[100]

Mit diesem Befehl wurde auch im Zeitungswesen in der Nacht vom 11. auf den 12. März eine 180-gradige Kehrtwendung eingeleitet: Stand in der Ausgabe vom 11. März noch der Aufruf zur Teilnahme an der Schuschnigg'schen Volksbefragung und die Unterstützung der ständestaatlichen Regierung am Titelblatt, huldigten die Zeitungen des 12. März bereits Adolf Hitler und dem Deutschen Reich.[101] Die Verantwortung trug Josef Bürckel, dem Helmut Sündermann als Leiter des „Presseamtes Bürckel" zur Seite stand. Während die meisten Journalisten und Zeitungsbesitzer jüdischer Herkunft mit sofortiger Wirkung entlassen wurden bzw. versuchten, auf schnellstem Wege das Land zu verlassen, um der Verfolgung zu entgehen, wurde die journalistische Kehrtwendung von „oben" und auch im großen Maße von „unten" erwirkt. Vielfach gestaltete sich der Umbruch ähnlich wie im Fall der katholischen Reichspost. Während der Herausgeber Dr. Friedrich Funder mit vier weiteren Personen der Redaktionsmannschaft in Gefangenschaft genommen bzw. entlassen wurde, blieb die Zeitung selbst erhalten. Die Zeitungsschiene wurde hier auf Gewinnung der Katholiken für die Volksabstimmung ausge-

98 Neue Eisenstädter Zeitung, 3. April 1938, S. 6.
Österreich II, Kassette 15: Ein Volk, ein Reich – kein Österreich. 1945-1955. Videoedition hg. von Hugo Portisch und Sepp Riff. (Wien, 1991).

100 Telefongespräch Göring – Globocnik am 11. März 1938. Telefonprotokoll abgedruckt in: Thomas Chorherr, Hg., Österreich 1938, 149.
Für die Situation in der burgenländischen Presse wird verwiesen auf: Viktor Bauer, Die deutschsprachige Presse des Burgenlandes von der Konstituierung des Landes als selbständiges Bundesland bis zum Abschluß des Staatsvertrages. Diss. (Wien, 1977). Malina, 'Welcher Wandel der Dinge' Die Okkupation Österreichs 1938 in der burgenländischen Presse. In: Rathkolb, 321-342. Hans Chmelar, Die Zeitungen des Burgenlandes und ihr „Anschluss" In: Burgenländische Forschungen, Burgenland 1938, 59-70.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

richtet. Weitere Änderungen in der Zeitungslandschaft wurden erst nach der Volksabstimmung vorgenommen, Einstellungen erfolgten ab Herbst 1938. Vorläufig lautete die Order, die „Scheinvielfalt" zu bewahren.[102]
Die „Scheinvielfalt" sollte auch im Burgenland vorhanden bleiben, aufgrund der wenigen regional erscheinenden Zeitungen gestaltete sich der „Umbruch" rasch und problemlos. Im Burgenland hinkte die Entwicklung am Printmediensektor den übrigen Bundesländern merklich nach, Tageszeitungen erschienen keine. An bedeutenden Wochenzeitungen bestanden neben der kroatischen Zeitung „Hrvatske Novine" nach dem „Anschluss" die Oberwarther Sonntagszeitung, die Güssinger Zeitung und die Neue Eisenstädter Zeitung.[103] Neu gegründet wurde „Grenzmark Burgenland. Wahlzeitung zum 10. April 1938", deren vorläufig einziges Ziel die Erreichung einer sicheren Mehrheit bei der Volksabstimmung war. Wahlsonderausgaben unterstützten die Propaganda. Inhaltlich unterschieden sich die genannten deutschsprachigen Zeitungen kaum. Es herrschte „Scheinvielfalt" im wahrsten Sinne des Wortes. Neben dem Einsatz heroischer Bilder, dies vor allem in der Grenzmark Burgenland, der Wiedergabe von Aufrufen und Ankündigungen für das Wahlvolk, Danksagungen für die „Befreiung" unter Adolf Hitler und Meldungen über den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung, bildeten die unvermeidlichen Hetzartikel gegen die frühere Regierung und gegen stereotype Feindbilder fixe Bestandteile fast jeder Zeitung. Daneben bildeten Berichte über lokale Ereignisse den Kitt zwischen den Propagandaartikeln.
Ein weiterer, modern anmutender Teil war den FAQs - den von der Bevölkerung in Bezug auf die Volksabstimmung oft gestellten Fragen - gewidmet. Die Antworten fielen in suggestiver, zuweilen religiös anmutender Form und mit stellenweise drohendem Unterton aus:

Wofür mußt du Sorge tragen, damit du am 10. April 1938 deiner Wahlpflicht nachkommen kannst?
Antwort: Du mußt in die Stimmliste eingetragen sein.

Frage: Wessen Entfernung aus der Stimmliste hast du durch Einspruch beim Bürgermeister zu begehren?
Antwort: Du hast die Entfernung nachstehender Personen aus der Stimmliste durch Einspruch beim Bürgermeister zu begehren:
1.) Juden und Judenstämmlinge,
2.) Entmündigte,

---

[102] Chmelar, Zeitungen. In: Burgenländische Forschungen, 61.
Weitere zielgruppenorientierte Zeitschriften waren u.a. Burgenländische Ärztezeitung, Burgenländische Heimatblätter, Der Burgenländische Kaufmann.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

3.) gemeine Verbrecher,
4.) Straf-, Untersuchungs- und Schutzhäftlinge,
5.) Zigeuner,
6.) nicht mehr in der Gemeinde Wohnhafte und Verstorbene![104]

Die Abbildung „richtig" angekreuzter Stimmzettel vervollständigte den „Wahlunterricht"
Nach dem Erreichen des gesetzten Zieles entledigte man sich der nunmehr unnütz gewordenen Zeitungen: die Güssinger Zeitung wurde mit 31. Dezember 1938, die Neue Eisenstädter Zeitung bereits mit 24. April 1938 eingestellt.

IV.7.2 Weitere Werbemittel im Einsatz: Filmmaterial, Plakate, Leporellos und Flugblätter[105]

Filmisches Propagandamaterial war reichlich vorhanden, und im Hinblick auf die Volksabstimmung kamen u.a. folgende „Belangsendungen" zum Einsatz: „Landvolk in Not", „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" und „Arbeiter heute".[106] Auch im Burgenland gelangte in den bestehenden Kinos sowie bei Vorführungen in Gasthäusern, zu welchem Anlasse sich bis zu 500 Personen einfanden, nationalsozialistisches Filmpropagandamaterial zum Einsatz und galt als entsprechende Attraktion. Seitens der Gauleitung wurde nach der „Belangsendung" besonders der Film „Hitlerjunge Quex" zur Betrachtung empfohlen. Generalstabsmäßig wurde der Einsatz von Plakaten betrieben: Zehn verschiedene Textplakate wurden an dafür festgelegten Tagen affichiert, wobei sie jeweils mit einem Aufruf zur Volksabstimmung endeten. Das erste Textplakat, ein kurzer Abriss über die deutsche Geschichte zu den Daten 1806, 1848, 1918 und 1938, wurde am 25. März zur Anbringung verteilt. Der zehnte Plakattext, anzubringen am 9. April, beschäftigte sich mit beeindrukkendem Zahlenmaterial: 75 Millionen Deutsche in einem Reich geeint, 6,5 Millionen sind heimgekehrt, 50 Millionen stimmen mit „JA".[107] Schließlich wurde noch ein Plakat, welches den Stimmzettel zeigte, affichiert. Ebenfalls

[104] Grenzmark Burgenland, 29. März 1938, S. 3.
Da die in diesem Abschnitt beschriebenen Werbemittel in vollem Umfang nur in größeren Städten zum Einsatz kamen, in den dörflichen Regionen aber nur spärlich, wird auf eine detaillierte Darstellung verzichtet. Eine tiefgreifende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Propagandamitteln findet sich in Rathkolb/Duchkowitsch/Hausjell, Veruntreute Wahrheit. Bezüglich Bildmaterialien siehe: Gerhard Jagschitz, Photographie und „Anschluss" im März 1938, 52-88. Über den Einsatz von Plakaten: Bernhard Denscher, Politik und Seife. Das Plakat in der nationalsozialistischen Propaganda, 88-97 und Haimo L. Handl, Die Visualisierung des Nazismus in Plakaten, 97-108.
ÖStA, AdR, Bürckel, 2410/0 Filmpropagandawesen.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

zum Einsatz kamen Leporellos mit acht Bildern, die jeweils an eine bestimmte Bevölkerungsschicht gerichtet waren (z.B. Arbeiterfrau, Bauer). Die Auflage betrug pro Bild 100.000 Stück.[108]
Insgesamt waren fünf verschiedene Flugblätter mit einer Auflage von je 20 Millionen geplant. Ebenso kamen Klebezettel zur Anwendung. Die Herstellung dieses „Wahlmaterials" erfolgte größtenteils zentral in Deutschland, aber auch in Österreich wurden Materialien produziert.

V. Der 10. April 1938 als Schlusspunkt einer beispiellosen Kampagne und als Eintrittsdatum in die Realität des Nationalsozialismus

Unser Burgenland steht an der Spitze
Aus dem Landhaus wird für das Burgenland folgendes Wahlergebnis gemeldet: Für den Führer haben gestimmt 168.576 Burgenländer. Mit Nein haben 60 Personen abgestimmt. Ungültige Stimmen wurden 52 abgegeben. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt somit 168.689 – das ist eine fast 100 prozentige Wahlbeteiligung.[109]

Entsprechend dem abgelaufenen „Wahlkampf" war auch der Ablauf des Schlussaktes von höchster Instanz durchgeplant, und nichts sollte dem Zufall überlassen bleiben.[110] Waren doch die Augen der Welt auf Deutschland gerichtet und galt es daher, dieser Welt die Begeisterung und die Einigkeit des deutschen Reiches zu demonstrieren.
Schon am Vorabend hatten die Häuser, Verkehrsmittel, Bahnhöfe etc entsprechend geschmückt und beflaggt zu werden, und so begann der 10. April selbst: Um 7 Uhr erfolgte der Weckruf „in der jeweils landesüblichen Weise, wie z.B. durch Bläser, welche vom Kirchturm aus den Hornruf über die Gemeinde erschallen [ließen],..." Zum Einsatz sollten dabei „sämtliche Gliederungen und angeschlossene Verbände" kommen. Viele Gläubige des Burgenlandes waren sicher schon wach, denn sie hatten vorher bereits die Messe besucht.[111] Zur Frühwahl waren besonders die Parteigenossen und Mitglieder der nationalsozialistischen Organisationen aufgerufen.
Eine weitere „Wählergruppe" hatte einen längeren Anreiseweg – die Aus-

[107] ÖStA, AdR, Bürckel, Karton 9, 1300 Mappe.

[108] Ebd.
Grenzmark Burgenland, 16. April 1938, S. 2. Diese Zahlen stimmen nicht mit den von der Regierung offiziell publizierten Zahlen überein und können als Hinweis darauf gewertet werden, wie sorgfältig die Auszählungsbehörden mit dem Zahlenmaterial umgingen.
Richtlinien zum Wahlsonntag, ÖStA, AdR, Bürckel.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

landsösterreicher. Aufgrund des Volksabstimmungsgesetzes war es auch den im Ausland lebenden Österreichern und Deutschen möglich, an der Abstimmung teilzunehmen. Die in den grenznahen ungarischen und tschechischen Orten ansässigen Österreicher wurden am „Wahltag" im Burgenland festlich empfangen. Jene Österreicher und Deutsche, die sich auf Reisen befanden, konnten an dafür designierten Bahnhöfen ihre Stimme abgeben. Im Burgenland waren dies die Bahnhöfe Mattersburg und Jennersdorf.
In den regulären Wahllokalen, die festlich ausgeschmückt waren, konnte nach Vorlage des Wählerausweises der Stimmzettel ausgefüllt werden. Zahlreiche Schilderungen berichten davon, dass eine geheime Abstimmung in der Wahlzelle schon verdächtig gewirkt hätte und Konsequenzen befürchtet werden mussten. So wurde laut eines Berichtes des Bezirksgendarmeriekommandos Mattersburg nur in drei von 22 Gemeinden geheim abgestimmt.[112] Demgegenüber berichtete Portschy am Abstimmungstag nach Wien: Die Abstimmung im Gau Burgenland geht ordnungsgemäß strengstens legal, ohne jeden Druck und Terror vor sich. Es haben sich keine Unzukömmlichkeiten ereignet. Nachrichten über angebliches, öffentliches Abstimmen werden energisch dementiert, nach Ansicht des Gauwahlleiters muß es sich hier um ein Mißverständnis handeln, es kann sich nur um einzelne Wähler handeln, die freiwillig nicht in die Zelle gingen und aus eigenem Entschluß heraus öffentlich mit Ja stimmten.[113]

Hatte jemand mit Nein abgestimmt, so konnte es vorkommen, dass die Stimme bei der Auszählung nicht vorhanden war.[114] Hatte jemand irrtümlich mit „Nein" gestimmt, so wurde – vermutlich aus Angst – um nachträgliche „Änderung" ersucht.[115]
Nach erfolgter Stimmabgabe erhielten die „Wähler" „unentgeltlich" eine

---

[111] Vgl. Abschnitt „Katholische Kirche und Volksabstimmung"
DÖW, 8339.
ÖStA, AdR, Bürckel-Mat., Büro Knissel.
Vgl. dazu die Schilderung Bernhard Stillfrieds: „Wir hatten eine Bedienerin aus dem Burgenland, aus einer erzkatholischen Familie und sehr antinazistisch eingestellt. Am Dienstag nach der Wahl war sie in Tränen und hat uns erzählt, in ihrem Ort hätten sie, ihr Vater und ihre beiden Brüder mit „Nein" gestimmt. Am Abend dieses Tages als das Wahlergebnis über ihr Dorf verlautbart wurde, war es 100% „Ja" Diskussionsbeitrag Stillfried in: Gerald Stourzh, Birgitta Zaar, Hg., Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses" vom März 1938 (Wien 1990) 466. Im unter Anm. 112) angeführten Bericht heißt es u.a., dass in der Gemeinde Rohrbach nach dem Zweiten Weltkrieg die verschlossene Wahlurne vom 10. April 1938 aufgefunden worden war, in der sich über 50 % leere Zettel und auch eine Menge von Nein – Stimmzetteln befunden hätten.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Abstimmungsplakette, welche die Überprüfung eventueller Nichtwähler vereinfachte. Bereits um 12.30 Uhr konnten 75 % der Burgenländer diese Plakette vorweisen.[116] Für die restlichen 25% wurde um 13 Uhr der Wahlmahndienst, für den SA, HJ, BdM etc. Abordnungen zur Verfügung stellten, ausgesandt. Personen, die noch nicht abgestimmt hatten, wurde folgende Mahnung überreicht: „Sie haben Ihrer Wahlpflicht noch nicht genügt. Auch IHR Bekenntnis darf am heutigen Tage nicht fehlen. Also auf zur Wahl!"[117] Von einer weiteren mündlichen Bemerkung war anordnungsgemäß Abstand zu nehmen. Gleichzeitig sollten ab diesem Zeitpunkt HJ und Mitglieder der Jungvolkabteilung singend durch die Straßen ziehen und zwischen den einzelnen Liedern folgende Sprüche rufen: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Auf zur Wahl!", „Geht zur Wahl. Tut Eure Pflicht!" und „Euer Ja – Unsere Zukunft!" Die zweite Mahnung erfolgte um 15 Uhr, danach im halbstündigen Rhythmus. Darüber hinaus betätigten sich Wahlschlepper nicht nur damit, alte und kranke Menschen zu den Urnen zu bringen, sondern ab 13 Uhr auch säumige Personen zur Abstimmung zu bewegen.

Letztendlich wurde von den Mahndiensten und Schleppern ganze Arbeit geleistet: Von den 171.654 im Burgenland stimmberechtigten Personen nahmen 99,97 % an der „Wahl" teil. Davon stimmten 99,93 % mit Ja, 0,04 % mit Nein, 0,03 % der Stimmen waren ungültig. Das bedeutet, dass es im Burgenland im Vergleich mit den anderen Bundesländern die höchste Wahlbeteiligung, die meisten Ja-Stimmen und die wenigsten Nein-Stimmen gab. Österreichweit lag die Wahlbeteiligung bei 99,71 %, davon stimmten 99,6 % mit Ja, 0,26 % mit Nein und 0,13 % stimmten ungültig.[118] Interpretationsmöglichkeiten für diese „burgenländischen Spitzenwerte" gibt es viele, wobei die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage, die fehlende Identität des jüngsten Bundeslandes und die vorwiegend agrarisch dominierte, dörfliche Struktur, sowie gewiss auch die Rechenkünste mancher Stimmbehörden hauptsächlich zu den erzielten Ergebnissen beigetragen haben.[119] Natürlich muss auch darauf hingewiesen werden, dass von vornherein ca. 180.000 - 360.000 Österreicher von der Stimmabgabe ausgeschlossen waren, jedoch wäre es unrichtig, diese Zahl präsumtiv mit Nein-Stimmen gleichzusetzen.[120]

---

115 Niederschrift über die „irrtümliche Nein – Stimme" von Elisabeth Varga beim Magistrat der Freistadt Eisenstadt, aufgenommen am 11. April 1938. BLA, A-III-1938, Karton 3, Umschlag 32.
Siehe Bericht Portschy, Anmerkung 113.
ÖStA, AdR, Bürckel-Mat., Karton 9, 1300 Mappe.

118 Wie sehr mit Zahlen jongliert wurde, zeigt auch die Verkündung des „Wahlergebnisses" in der Grenzmark Burgenland: Die Zahlen der Stimmberechtigten und „Wähler" weichen dort um einige Tausende von der offiziellen Statistik ab. Grenzmark Burgenland, 16. April 1938. Siehe Anm. 109.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Viele von ihnen hätten aufgrund der falschen Erwartungen bzw. vielmehr noch aus Selbstschutz mit ziemlicher Sicherheit mit Ja gestimmt.
Das Abstimmungsergebnis wurde mit neuerlichen Umzügen gefeiert, vor allem in jenen Gemeinden, die ein 100%iges „Ja" Ergebnis zu Wege gebracht hatten. Um dem ehrgeizigen Ziele, eine 100%ige Zustimmung vorweisen zu können, gerecht zu werden, dürften tatsächlich einige „Nein" – Stimmen entsorgt worden sein.[121] Schließlich erhielten diese Gemeinden Anerkennungsdiplome, während die übrigen Gemeinden nur Abstimmungsurkunden erhielten. Die an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten Personen erhielten darüber hinaus das Buch „Großdeutschlands Wiedergeburt", versehen mit einem Dankschreiben.
Die Erinnerung an die 100%ige Zustimmung sollte nicht nur verbrieft, sondern in einigen Gemeinden des Burgenlandes auch einzementiert werden. In Oberschützen wurde vorerst an der Volksschule eine Gedenktafel mit folgender Aufschrift angebracht:

11. März 1938
Heimkehr der Ostmark ins Reich.
Oberschützen
Volksabstimmung
am 10. April 1938
Zahl der Stimmberechtigten: 640
Zahl der abgegebenen Stimmen: 640
Zahl der „Ja" – Stimmen: 640
Ich habe so gehandelt wie ich es vor meinem Volk und vor der Geschichte verantworten kann. Adolf Hitler
Gewidmet von der Volksschule Oberschützen.[122]

---

[119] Botz zitiert eine Korrelationsanalyse, aus deren Ergebnissen er den Schluss zieht:" Es scheint festzustehen, dass die bäuerliche Bevölkerung den Verlockungen der nationalsozialistischen Parolen am stärksten erlegen ist oder für sie im kleinen, überschaubaren Rahmen die geringsten Chancen zu einer Protestäußerung bestanden." Botz, Schuschniggs geplante „Volksbefragung", in: Anschluss 1938, 241. Die hohe Zahl von 360.000 Nichtstimmberechtigten wurde von Gerhard Botz errechnet. Botz, Nationalsozialismus, 180f. Gerald Stourzh weist in einem Kommentar auf die Problematik dieser Schätzung - die offensichtlich auch die unter dem Wahlalter stehenden nicht stimmberechtigten Staatsbürger beinhaltet – hin und geht von einer „bewusst gering geschätzten" Zahl von mindestens 180.000 – 200.000 aus. Stourzh in einem Diskussionsbeitrag in: Stourzh/Zaar, Österreich, Deutschland, Mächte, 469f.
Auch Stillfried sieht diese Haltung mancher Bürgermeister als Ursache für „verschwundene Nein – Stimmen" Vgl. Anmerkung 112.
Abgebildet in: Wolfgang Krug, Last der Erinnerung. NS-Denkmalkult am Beispiel Oberschützen (Oberwart, 1998) 80.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Burgenländische Heimatblätter

Jahr/Year: 2003

Band/Volume: 65

Autor(en)/Author(s): Mikovits Martina

Artikel/Article: Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 im Burgenland 181-216